

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/17266 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2019

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erfragten Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die in der medialen Berichterstattung zumeist nur wenig Beachtung finden. So ist kaum bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt als die offiziellen Zahlen vermuten lassen (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Bundestagsdrucksache 19/8701). Die sogenannte bereinigte Schutzquote, bei der rein formelle Entscheidungen unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2018 bei 50,2 Prozent, gegenüber der von der Bundesregierung verwandten unbereinigten Schutzquote in Höhe von 35 Prozent. Die Statistikbehörde der EU „eurostat“ verwendet ebenfalls eine um bestimmte formelle Entscheidungen (insbesondere Dublin-Entscheidungen) bereinigte „Anerkennungsrate“, diese lag nach ihren Berechnungen im Jahr 2018 für Deutschland bei 42,4 Prozent (<https://ec.europa.eu>).

Hinzu kommen Anerkennungen durch die Gerichte nach einer zunächst negativen Entscheidung des BAMF. Gegen immer mehr BAMF-Bescheide wird geklagt, bei Ablehnungen im Jahr 2018 zu 75,8 Prozent. Fast die Hälfte aller Asylklagen endete 2018 mit einer „sonstigen Verfahrenserledigung“, z. B. wenn Verfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiterverfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF in Abänderung des Ursprungsbescheides erteilt wird. Sonstige Verfahrenserledigungen erfolgen nicht etwa überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten, nur 8,7 Prozent betrafen Schutzsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten. Auch wenn ein Gericht entscheidet, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss, gilt dies als „sonstige Erledigung“ (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4961, Antwort zu Frage 26). Werden diese formellen Erledigungen außer Betracht gelassen und nur tatsächlich inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im Klageverfahren im Jahr 2018 in Höhe von 31,4 Prozent (2017: 40,8 Prozent, 2016: 29,4 Prozent, 2015: 12,6 Prozent, vgl. Bundestagsdrucksachen 18/12623 und 18/8450). Bei afghanischen Geflüchteten lag die Erfolgsquote im Klageverfahren 2018 sogar bei 57,6 Prozent, d. h. mehr als jeder zweite Bescheid erwies sich nach einer gerichtlichen Überprüfung als falsch. In absoluten Zahlen mussten die Verwal-

tungsgerichte 2018 insgesamt fast 30 000 BAMF-Bescheide korrigieren (29.573), zudem änderte das BAMF von sich aus weitere 4 786 Bescheide.

Die Spannweite der bereinigten Schutzquoten unterschiedlicher Standorte des BAMF ist aus Sicht der Fragestellenden enorm: Bei afghanischen Schutzsuchenden lag sie im Jahr 2018 zwischen 32,9 und 85,1 Prozent, bei irakischen zwischen 4,7 und 75 Prozent, bei iranischen zwischen 6,7 und 82,6 Prozent, bei somalischen zwischen 24,4 und 89,5 Prozent und bei türkischen Asylsuchenden zwischen 8,7 und 78 Prozent. Mit deutlich negativ abweichenden Schutzquoten fielen die BAMF-Standorte Zirndorf, Manching, Eisenhüttenstadt und Chemnitz auf, bei allen abgefragten Herkunftsländern mit relevanten Fallzahlen – eine nachvollziehbare Erklärung hierfür gab die Bundesregierung nach Ansicht der Fragestellenden nicht (vgl. Bundestagsdrucksache 19/8701, Antwort zu Frage 5). Nachdem das BAMF zur internen Kontrolle zunächst auf eine sogenannte Referenzschutzquote abstellte (Bundestagsdrucksache 19/3148, Antwort zu Frage 4), vergleicht es seit dem zweiten Halbjahr 2018 die bereinigten Schutzquoten einzelner Organisationseinheiten in Bezug auf gleiche Herkunftsländer (vgl. Bundestagsdrucksache 19/13945, Antwort zu Frage 31) – diese Daten werden von der Fraktion DIE LINKE. seit Herbst 2017 erfragt (vgl. Bundestagsdrucksachen 18/13670, 19/1371 und 19/3148). Für das zweite Halbjahr 2018 und das erste Halbjahr 2019 fällt auf, dass Außenstellen mit deutlich schlechteren Schutzquoten vor allem in den BAMF-Regionen „Ost“ und „Süd“ lagen, zudem fielen sieben der neun „ANKER“-Einrichtungen im zweiten Halbjahr 2018 negativ auf (Bundestagsdrucksache 19/13945, Antwort zu Frage 31). Die Außenstellen Karlsruhe und Bamberg wurden wegen abweichender Schutzquoten durch den Bereich Qualitätssicherung begleitet, hinsichtlich der Herkunftsländer Eritrea und Nigeria kam es zu einer Konkretisierung von Herkunftsländerleitsätzen und weiteren internen Überprüfungen (ebd.).

Immer mehr Anerkennungen erfolgen im Rahmen des Familienschutzes, d. h. es geht um Angehörige von in Deutschland anerkannten Flüchtlingen. Beim GFK-Status (GFK = Genfer Flüchtlingskonvention) lag dieser Anteil im zweiten Quartal 2019 bei 82,9 Prozent, insgesamt machte der Familienschutz 66 Prozent aller gewährten Schutzstatus aus (Bundestagsdrucksache 19/13945, Antwort zu Frage 2). Im Jahr 2018 verfügten 18 338 Asylsuchende bei ihrer Asylantragstellung über eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen. Aus Sicht der Fragestellenden sind viele von ihnen zuvor legal im Wege des Familiennachzugs eingereist und stellten einen Asylantrag vor allem zur Statusklärung.

Einen oftmals unterstellten Zusammenhang zwischen fehlenden Dokumenten und fehlender Schutzbedürftigkeit gibt es nach Auffassung der Fragestellenden nicht: Im Gegenteil, nach Angaben der Bundesregierung (vgl. Bundestagsdrucksache 19/11001, Antwort zu Frage 5) legten Asylsuchende mit besonders geringen Anerkennungschancen vergleichsweise häufiger Identitätspapiere vor (zu fast 60 Prozent im Jahr 2018), während Asylsuchende aus Eritrea, Somalia, Afghanistan und Sudan trotz hoher Anerkennungschancen wegen des schlechten Dokumentenwesens in ihren Herkunftsländern oder wegen der Bedingungen der Flucht nur selten Ausweispapiere vorweisen konnten (in etwa einem von zehn Fällen, ebd.).

564 Asylsuchende durchliefen im Jahr 2018 (2017: 444) ein Asyl-Flughafenverfahren. Im Ergebnis wurde 229 Schutzsuchenden (2017: 127) nach einer Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“ die Einreise im Rechtssinne verweigert – wie viele von ihnen tatsächlich ausreisten oder abgeschoben wurden oder in Deutschland verbleiben konnten, ist nicht bekannt.

48,4 Prozent aller Asylsuchenden in Deutschland im Jahr 2018 waren minderjährig (2017: 45 Prozent), 2,5 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (2017: 4,6 Prozent). Bei 19,9 Prozent der Asylanträge des Jahres 2018 handelte es sich um Asylanträge, die, zum Teil von Amts wegen (vgl. § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes), für hier geborene Kinder von Asylsuchenden gestellt wurden. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat vor diesem Hintergrund seine Asylantragsstatistik umgestellt und knüpft

seit Januar 2020 zentral an der Zahl „grenzüberschreitender Asylersanträge“ an, bei der Anträge für hier geborene Kinder nicht berücksichtigt werden (www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/01/asylzahlen-ja-hr-2019.html).

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes – GG –, nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG – in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention – GFK –, subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 (bitte in absoluten Zahlen und in Prozent angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG bzw. nach der GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung (darunter Familienasyl), internationaler Flüchtlingsschutz (darunter Familienschutz), subsidiärer Schutz (darunter Familienschutz), nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Georgien, Armenien und die Türkei sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?
- b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht rein formelle Entscheidungen (bitte wie zu Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich machen zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen in den genannten Zeiträumen?

Die Fragen 1a und 1b werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sog. „bereinigten Gesamtschutzquote“ (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der u. g. Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylabelhnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylerscheidungen berücksichtigt:

4. Quartal 2019	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Abs. 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Abs. 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	493	1,3 %	9.458	24,3 %	4.206	10,8 %	1.166	3,0 %	15.323	39,4 %	59,3 %
darunter											
Syrien	68	0,7 %	4.859	48,5 %	3.363	33,5 %	50	0,5 %	8.340	83,2 %	99,9 %
Irak	17	0,5 %	841	23,5 %	154	4,3 %	174	4,9 %	1.186	33,1 %	50,9 %
Türkei	206	7,4 %	1.253	44,9 %	2	0,1 %	7	0,3 %	1.468	52,7 %	58,2 %
Afghanistan	2	0,1 %	345	12,9 %	105	3,9 %	495	18,5 %	947	35,5 %	62,3 %
Iran	46	2,1 %	312	14,2 %	36	1,6 %	13	0,6 %	407	18,6 %	27,8 %
Nigeria	-	-	75	3,3 %	17	0,8 %	70	3,1 %	162	7,2 %	14,4 %
Ungeklärt	30	2,8 %	501	46,5 %	81	7,5 %	17	1,6 %	629	58,3 %	78,3 %
Eritrea	5	0,5 %	517	54,0 %	140	14,6 %	62	6,5 %	724	75,7 %	89,5 %

4. Quartal 2019	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Abs. 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Abs. 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	493	1,3 %	9.458	24,3 %	4.206	10,8 %	1.166	3,0 %	15.323	39,4 %	59,3 %
darunter											
Georgien	-	-	-	-	-	-	5	0,7 %	5	0,7 %	1,0 %
Somalia	5	0,4 %	385	33,4 %	78	6,8 %	57	4,9 %	525	45,6 %	77,8 %
Russische Föderation	29	2,3 %	24	1,9 %	9	0,7 %	8	0,6 %	70	5,6 %	13,4 %
Moldau (Republik)	-	-	-	-	-	-	1	0,1 %	1	0,1 %	0,4 %
Pakistan	10	1,4 %	28	4,0 %	2	0,3 %	10	1,4 %	50	7,1 %	16,3 %
Albanien	-	-	1	0,2 %	2	0,4 %	3	0,6 %	6	1,1 %	1,9 %
Guinea	7	1,2 %	57	10,0 %	23	4,0 %	22	3,9 %	109	19,1 %	28,8 %
Serbien	-	-	-	-	-	-	1	0,2 %	1	0,2 %	0,6 %
Ghana	-	-	1	0,5 %	1	0,5 %	3	1,6 %	5	2,6 %	4,7 %
Kosovo	-	-	-	-	-	-	4	2,2 %	4	2,2 %	6,6 %
Senegal	-	-	3	3,4 %	-	-	1	1,1 %	4	4,5 %	10,0 %
Bosnien und Herzegowina	-	-	-	-	-	-	1	0,7 %	1	0,7 %	1,5 %
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordmazedonien	-	-	-	-	-	-	1	0,3 %	1	0,3 %	0,5 %
Algerien	-	-	-	-	-	-	4	1,1 %	4	1,1 %	2,7 %
Marokko	-	-	1	0,3 %	1	0,3 %	3	0,9 %	5	1,6 %	3,2 %
Armenien	-	-	2	0,8 %	2	0,8 %	13	5,0 %	17	6,6 %	11,7 %
Tunesien	1	0,8 %	-	-	-	-	-	-	1	0,8 %	1,6 %

4. Quartal 2019	absolut		Anteil		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	493	1,3 %			1,9 %
darunter Familienschutz	135	0,3 %			0,5 %
Flüchtlingsschutz (§ 3 Abs. 1 AsylG)	9.458	24,3 %			36,6 %
darunter Familienschutz	7.603	19,5 %			29,4 %
Subsidiärer Schutz nach					
§ 4 Abs. 1 Nr. 1 AsylG	5	0,0 %			0,0 %
§ 4 Abs. 1 Nr. 2 AsylG	491	1,3 %			1,9 %
§ 4 Abs. 1 Nr. 3 AsylG	2.559	6,6 %			9,9 %
§ 4 Abs. 1 AsylG Familienschutz	1.151	3,0 %			4,5 %
Summe subsidiärer Schutz	4.206	10,8 %			16,3 %
Abschiebungsverbot nach					
§ 60 Abs. 5 AufenthG	1.062	2,7 %			4,1 %
§ 60 Abs. 7 AufenthG	104	0,3 %			0,4 %
Summe Abschiebungsverbot	1.166	3,0 %			4,5 %
Gesamtschutz	15.323	39,4 %			59,3 %

Jahr 2019	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Abs. 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Abs. 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	2.192	1,2 %	42.861	23,3 %	19.419	10,6 %	5.857	3,2 %	70.329	38,2 %	56,6 %
darunter											
Syrien	353	0,8 %	22.352	48,8 %	15.173	33,1 %	489	1,1 %	38.367	83,7 %	99,9 %
Irak	48	0,3 %	4.591	25,9 %	705	4,0 %	841	4,8 %	6.185	35,0 %	51,8 %
Türkei	770	7,4 %	4.101	39,3 %	39	0,4 %	33	0,3 %	4.943	47,4 %	52,7 %

Jahr 2019	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Abs. 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Abs. 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Abs. 5 u. 7 Auf- enthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	2.192	1,2 %	42.861	23,3 %	19.419	10,6 %	5.857	3,2 %	70.329	38,2 %	56,6 %
darunter											
Afghanistan	33	0,3 %	1.701	14,0 %	480	4,0 %	2.391	19,7 %	4.605	38,0 %	63,1 %
Nigeria	23	0,2 %	423	3,1 %	93	0,7 %	394	2,9 %	933	6,9 %	14,5 %
Iran	251	2,4 %	1.655	16,0 %	133	1,3 %	53	0,5 %	2.092	20,2 %	28,2 %
Ungeklärt	136	2,9 %	2.053	43,6 %	328	7,0 %	79	1,7 %	2.596	55,2 %	74,8 %
Somalia	34	0,6 %	1.629	30,4 %	319	5,9 %	265	4,9 %	2.247	41,9 %	69,3 %
Eritrea	47	1,0 %	2.078	45,5 %	858	18,8 %	396	8,7 %	3.379	73,9 %	90,0 %
Georgien	-	-	4	0,1 %	1	0,0 %	17	0,5 %	22	0,6 %	0,8 %
Russische Föderation	103	1,8 %	148	2,7 %	75	1,3 %	34	0,6 %	360	6,5 %	13,5 %
Guinea	28	0,8 %	340	10,0 %	68	2,0 %	120	3,5 %	556	16,4 %	25,4 %
Pakistan	15	0,4 %	152	4,2 %	5	0,1 %	31	0,9 %	203	5,6 %	12,1 %
Moldau (Republik)	1	0,0 %	1	0,0 %	-	-	13	0,5 %	15	0,6 %	1,1 %
Albanien	-	-	3	0,1 %	14	0,5 %	6	0,2 %	23	0,9 %	1,5 %
Serbien	-	-	-	-	-	-	2	0,1 %	2	0,1 %	0,2 %
Ghana	-	-	4	0,4 %	3	0,3 %	16	1,5 %	23	2,2 %	4,3 %
Kosovo	-	-	1	0,1 %	2	0,2 %	8	0,8 %	11	1,2 %	2,7 %
Bosnien und Herzegowina	-	-	1	0,2 %	4	0,6 %	3	0,5 %	8	1,2 %	2,6 %
Senegal	-	-	10	2,4 %	-	-	4	1,0 %	14	3,4 %	8,6 %
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordmazedonien	-	-	-	-	1	0,0 %	3	0,1 %	4	0,2 %	0,4 %
Algerien	-	-	6	0,4 %	14	0,9 %	14	0,9 %	34	2,3 %	5,1 %
Marokko	2	0,1 %	9	0,7 %	19	1,4 %	8	0,6 %	38	2,8 %	5,7 %
Armenien	-	-	10	0,6 %	8	0,5 %	60	3,6 %	78	4,7 %	8,1 %
Tunesien	3	0,5 %	3	0,5 %	-	-	2	0,3 %	8	1,2 %	2,5 %

Jahr 2019	Quote zu Frage 1b	
	absolut	Anteil
Asylberechtigung	2.192	1,2 %
darunter Familienschutz	629	0,3 %
Flüchtlingsschutz (§ 3 Abs. 1 AsylG)	42.861	23,3 %
darunter Familienschutz	34.544	18,8 %
Subsidiärer Schutz nach		
§ 4 Abs. 1 Nr. 1 AsylG	14	0,0 %
§ 4 Abs. 1 Nr. 2 AsylG	2.301	1,3 %
§ 4 Abs. 1 Nr. 3 AsylG	11.873	6,5 %
§ 4 Abs. 1 AsylG Familienschutz	5.231	2,8 %
Summe subsidiärer Schutz	19.419	10,6 %
Abschiebungsverbot nach		
§ 60 Abs. 5 AufenthG	5.391	2,9 %
§ 60 Abs. 7 AufenthG	466	0,3 %
Summe Abschiebungsverbot	5.857	3,2 %
Gesamtsschutz	70.329	38,2 %

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4.Quartal 2019 Entscheidungskategorie	
Antrag nicht weiter bearbeitet	1
Einstellung wg. § 33 Abs. 1 u. 2, § 32a Abs. 2 AsylG	314
nicht erforderlich, Dublin	99
sonstige Einstellung	628
Unzulässig (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG)	5.487
Unzulässig (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG)	2.684
Unzulässig (§ 29 Abs. 1 Nr. 3 AsylG)	21
Unzulässig (§ 29 Abs. 1 Nr. 4 AsylG)	6
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 Abs. 1 Nr. 5 AsylG)	802
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 Abs. 1 Nr. 5 AsylG)	3.053

Jahr 2019 Entscheidungskategorie	
Antrag nicht weiter bearbeitet	9
Einstellung wg. § 33 Abs. 1 u. 2, § 32a Abs. 2 AsylG	1.607
nicht erforderlich, Dublin	464
sonstige Einstellung	3.036
Unzulässig (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG)	24.490
Unzulässig (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG)	12.452
Unzulässig (§ 29 Abs. 1 Nr. 3 AsylG)	40
Unzulässig (§ 29 Abs. 1 Nr. 4 AsylG)	38
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 Abs. 1 Nr. 5 AsylG)	3.434
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 Abs. 1 Nr. 5 AsylG)	14.020

2. a) Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes – AsylG – (GFK) im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingsschutzstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) erfasst und können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2019	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 Abs. 5 AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	9.458	7.603	1.280	165	428	292
darunter:						
Syrien	4.859	4.766	61	4	18	11
Irak	841	822	3	1	12	7
Türkei	1.253	331	903	103	2	2
Afghanistan	345	250	9	3	79	36
Iran	312	126	166	24	7	5
Nigeria	75	53	0	0	19	19
Ungeklärt	501	314	67	14	73	13
Eritrea	517	506	5	1	5	5
Georgien	0	0	0	0	0	0
Somalia	385	215	6	5	141	132

4. Quartal 2019	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 Abs. 5 AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	9.458	7.603	1.280	165	428	292
darunter:						
Russische Föderation	24	19	5	0	0	0
Moldau (Republik)	0	0	0	0	0	0
Pakistan	28	26	0	0	2	1
Albanien	1	0	0	0	0	0
Guinea	57	28	3	2	24	24

Jahr 2019	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 Abs. 5 AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	42.861	34.544	5.089	734	2.319	1.508
darunter:						
Syrien	22.352	21.738	316	42	97	47
Irak	4.591	4.362	22	4	116	41
Türkei	4.101	1.047	2.979	314	9	7
Afghanistan	1.701	1.227	52	16	400	164
Nigeria	423	253	11	9	141	134
Iran	1.655	588	976	171	58	33
Ungeklärt	2.053	1.237	266	36	284	34
Somalia	1.629	866	20	17	672	621
Eritrea	2.078	2.011	33	6	19	19
Georgien	4	2	0	0	2	2
Russische Föderation	148	94	51	22	2	2
Guinea	340	128	15	8	186	182
Pakistan	152	119	4	2	17	7
Moldau (Republik)	1	0	0	0	1	1
Albanien	3	2	0	0	0	0

- b) Wie viele der Anerkennungen in den genannten Zeiträumen waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkannter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus nach der GFK bzw. subsidiärem Schutz – differenzieren), und wie viele dieser erteilten Status betrafen in Deutschland geborene Kinder (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2019	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 Abs. 1 AsylG Familienschutz		§ 4 Abs. 1 AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	135	50	7.603	4.726	1.151	835
darunter:						
Syrien	28	12	4.111	2.282	694	423
Irak	4	2	622	386	102	60
Türkei	32	4	262	43	1	1
Afghanistan	1	1	235	160	66	42
Iran	11	1	101	58	1	1

4. Quartal 2019	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 Abs. 1 AsylG Familienschutz		§ 4 Abs. 1 AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	135	50	7.603	4.726	1.151	835
darunter:						
Nigeria	0	0	36	31	9	9
Ungeklärt	10	5	267	149	23	21
Eritrea	4	4	457	302	65	58
Georgien	0	0	0	0	0	0
Somalia	1	1	188	128	44	42
Russische Föd.	4	2	18	6	5	0
Moldau (Republik)	0	0	0	0	0	0
Pakistan	2	2	22	12	1	0
Albanien	0	0	0	0	0	0
Guinea	1	0	24	13	1	1

Jahr 2019	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 Abs. 1 AsylG Familienschutz		§ 4 Abs. 1 AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	629	196	34.544	18.000	5.231	3.509
darunter:						
Syrien	165	83	21.205	11.214	3.453	2.307
Irak	25	6	4.311	2.087	499	293
Türkei	230	26	1.008	144	11	7
Afghanistan	18	3	1.164	801	276	200
Nigeria	5	3	242	167	42	37
Iran	37	12	492	311	23	15
Ungeklärt	25	8	1.206	670	130	103
Somalia	3	3	831	569	189	158
Eritrea	38	24	2.002	1.406	298	259
Georgien		0	1	1		0
Russische Föd.	10	4	60	31	15	9
Guinea	2	1	117	57	12	11
Pakistan	4	4	109	77		0
Moldau (Republik)	1	0		0		0
Albanien	165	0	2	1	5	3

- c) Wie viele der Asylsuchenden in den genannten Zeiträumen verfügten zum Zeitpunkt der Asylantragstellung über einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel (welchen?) oder eine Duldung (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), und wie viele Personen, die im Jahr 2019 einen Asylantrag stellten, verfügten über einen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten (bitte wie in der Antwort zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 19/16279 differenzieren und klarstellen, inwieweit in dieser Statistik auch entsprechende Visa zum Familiennachzug erfasst werden, und mit welcher zeitlichen Verzögerung entsprechende Eintragungen im Ausländerzentralregister – AZR – erfolgen)?

Ausweislich des Ausländerzentralregisters (AZR) zum Stichtag 29. Februar 2020 waren 26.354 Personen erfasst, die im Jahr 2019 einen Asylantrag gestellt haben, während sie einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine gültige Duldung

besaßen. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	4. Quartal 2019	2019
Gesamt	7.821	26.354
davon:		
Aufenthaltserlaubnis - völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	580	2.135
Aufenthaltserlaubnis - Ausbildung	94	341
Aufenthaltserlaubnis - Besondere Aufenthaltsrechte	99	334
Aufenthaltserlaubnis - Erwerbstätigkeit	15	51
Aufenthaltserlaubnis - familiäre Gründe	4.541	15.162
Duldung	2.490	8.326
EU-Aufenthaltsrechte	2	5

Asylantragstellung während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	4. Quartal 2019	2019
Alle Staatsangehörigkeiten	7.821	26.354
darunter		
Syrien	4.000	13.538
Irak	552	2.147
Afghanistan	485	1.508
Ungeklärt	345	1.182
Iran	251	818
Eritrea	250	715
Somalia	193	663
Nigeria	197	556
Pakistan	165	532
Russische Föderation	183	525

Von den o. g. 26.354 Personen hatten 3.689 Personen einen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung zu einem Schutzberechtigten bzw. zu einem Asylberechtigten. Die Differenzierung nach einzelnen Aufenthaltstiteln kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Personen ohne Aufenthaltstitel nur mit Visa im Sinne der Fragestellung sind in der nachfolgenden Aufstellung nicht enthalten und könnten ggf. statistisch auch nicht ermittelt werden, da sie im allgemeinen Datensatz des AZR nicht gesondert erfasst werden:

Asylantragstellung während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	2019
Gesamt	3.689
davon:	
nach § 30 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3c Var. 3 AufenthG (Ehegattennachzug zu Asylberechtigtem)	21
nach § 30 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3c Var. 4 AufenthG (Ehegattennachzug zu anerkanntem Flüchtling)	643
nach § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigtem oder anerkanntem Flüchtling)	2.287
nach § 36a Abs. 1 Satz 1 Var. 1 AufenthG (Ehegattennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	161
nach § 36a Abs. 1 Satz 1 Var. 2 AufenthG (Kindesnachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	365
nach § 36a Abs. 1 Satz 2 AufenthG (Elternnachzug zu minderjährigen subsidiär Schutzberechtigten)	212

3. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die bereinigten Schutzquoten für die Herkunftsländer Afghanistan, Irak, Iran, Somalia, Nigeria und Türkei im Jahr 2019, differenziert nach Bundesländern (bitte jeweils auch die absolute Fallzahl der Entscheidungen in den jeweiligen Bundesländern und die Gesamtzahlen für alle Bundesländer nennen), und wie waren die bereinigten Schutzquoten und absoluten Fallzahlen in Bezug auf diese Herkunftsländer im Jahr 2019, differenziert nach Organisationseinheiten im BAMF (bitte nur solche Organisationseinheiten mit über 50 entsprechenden Entscheidungen im Jahr 2019 auflisten und nach den Quoten auf- oder absteigend sortieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2019 Afghanistan	Entscheidungen gesamt	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außeracht- lassung formeller Entscheidungen des BAMF
Baden-Württemberg	900	38,9 %	59,2 %
Bayern	1.436	42,6 %	72,4 %
Berlin	928	34,1 %	55,1 %
Brandenburg	402	34,1 %	61,7 %
Bremen	134	48,5 %	80,2 %
Hamburg	794	42,4 %	66,1 %
Hessen	1.377	33,6 %	51,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	243	38,7 %	78,3 %
Niedersachsen	792	38,0 %	57,1 %
Nordrhein-Westfalen	1.891	41,4 %	67,4 %
Rheinland-Pfalz	552	34,8 %	62,1 %
Saarland	84	59,5 %	89,3 %
Sachsen	604	28,6 %	50,6 %
Sachsen-Anhalt	479	44,5 %	76,9 %
Schleswig-Holstein	1.088	33,4 %	63,5 %
Thüringen	387	40,3 %	76,8 %
Unbekannt	18	-	-
Gesamt	12.109	38,0 %	63,1 %

Jahr 2019 Irak	Entscheidungen gesamt	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außeracht- lassung formeller Entscheidungen des BAMF
Baden-Württemberg	1.825	27,1 %	41,4 %
Bayern	2.622	29,7 %	42,4 %
Berlin	746	25,5 %	41,6 %
Brandenburg	231	2,2 %	6,3 %
Bremen	125	44,0 %	72,4 %
Hamburg	409	41,1 %	56,6 %
Hessen	744	27,4 %	42,5 %
Mecklenburg-Vorpommern	132	7,6 %	27,8 %
Niedersachsen	2.761	46,3 %	61,3 %
Nordrhein-Westfalen	5.104	47,3 %	64,1 %
Rheinland-Pfalz	432	9,5 %	19,7 %
Saarland	132	20,5 %	34,6 %
Sachsen	601	19,8 %	37,3 %
Sachsen-Anhalt	351	14,5 %	31,3 %
Schleswig-Holstein	969	24,0 %	40,2 %
Thüringen	495	22,6 %	39,9 %
Unbekannt	15	-	-
Gesamt	17.694	35,0 %	51,8 %

Jahr 2019 Iran	Entscheidungen gesamt	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außeracht- lassung formeller Entscheidungen des BAMF
Baden-Württemberg	729	22,5 %	30,4 %
Bayern	1.018	11,8 %	16,8 %
Berlin	597	17,8 %	24,0 %
Brandenburg	325	11,7 %	16,5 %
Bremen	154	26,0 %	46,5 %
Hamburg	497	18,3 %	23,2 %
Hessen	1.250	21,2 %	28,2 %
Mecklenburg-Vorpommern	240	28,3 %	37,0 %
Niedersachsen	646	22,0 %	30,9 %
Nordrhein-Westfalen	2.410	20,2 %	29,8 %
Rheinland-Pfalz	580	27,4 %	40,3 %
Saarland	62	43,5 %	57,4 %
Sachsen	350	19,4 %	24,3 %
Sachsen-Anhalt	337	23,7 %	35,4 %
Schleswig-Holstein	808	16,7 %	22,4 %
Thüringen	346	29,5 %	40,5 %
Unbekannt	7	-	-
Gesamt	10.356	20,2 %	28,2 %

Jahr 2019 Nigeria	Entscheidungen gesamt	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außeracht- lassung formeller Entscheidungen des BAMF
Baden-Württemberg	3.286	3,1 %	6,6 %
Bayern	4.788	6,5 %	12,1 %
Berlin	134	11,9 %	22,2 %
Brandenburg	135	2,2 %	7,3 %
Bremen	52	9,6 %	41,7 %
Hamburg	89	13,5 %	40,0 %
Hessen	576	4,0 %	9,2 %
Mecklenburg-Vorpommern	40	2,5 %	4,8 %
Niedersachsen	332	10,2 %	29,1 %
Nordrhein-Westfalen	2.226	14,1 %	30,6 %
Rheinland-Pfalz	785	2,8 %	8,7 %
Saarland	59	-	-
Sachsen	315	11,1 %	27,6 %
Sachsen-Anhalt	165	4,8 %	10,8 %
Schleswig-Holstein	221	10,4 %	24,0 %
Thüringen	343	7,3 %	15,2 %
Unbekannt	21	-	-
Gesamt	13.567	6,9 %	14,5 %

Jahr 2019 Somalia	Entscheidungen gesamt	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außeracht- lassung formeller Entscheidungen des BAMF
Baden-Württemberg	572	37,1 %	57,5 %
Bayern	958	40,8 %	63,3 %
Berlin	130	36,9 %	82,8 %
Brandenburg	119	37,0 %	69,8 %
Bremen	53	34,0 %	64,3 %
Hamburg	151	53,0 %	84,2 %
Hessen	881	50,1 %	77,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	62	43,5 %	81,8 %

Jahr 2019 Somalia	Entscheidungen gesamt	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außeracht- lassung formeller Entscheidungen des BAMF
Niedersachsen	344	42,2 %	70,7 %
Nordrhein-Westfalen	756	41,0 %	67,4 %
Rheinland-Pfalz	513	44,6 %	76,3 %
Saarland	20	20,0 %	36,4 %
Sachsen	145	35,9 %	55,9 %
Sachsen-Anhalt	208	45,7 %	79,2 %
Schleswig-Holstein	283	37,5 %	76,3 %
Thüringen	164	27,4 %	57,0 %
Unbekannt	6	-	-
Gesamt	5.365	41,9 %	69,3 %

Jahr 2019 Türkei	Entscheidungen gesamt	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außeracht- lassung formeller Entscheidungen des BAMF
Baden-Württemberg	1.372	41,5 %	47,4 %
Bayern	938	43,8 %	50,1 %
Berlin	586	24,2 %	27,6 %
Brandenburg	269	35,7 %	40,7 %
Bremen	79	22,8 %	27,7 %
Hamburg	216	33,8 %	40,3 %
Hessen	1.411	42,8 %	46,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	104	29,8 %	34,1 %
Niedersachsen	671	37,0 %	40,5 %
Nordrhein-Westfalen	2.861	64,7 %	69,3 %
Rheinland-Pfalz	540	60,2 %	66,2 %
Saarland	50	44,0 %	56,4 %
Sachsen	404	31,4 %	35,2 %
Sachsen-Anhalt	262	42,4 %	51,9 %
Schleswig-Holstein	357	41,5 %	48,1 %
Thüringen	299	55,9 %	60,7 %
Unbekannt	7	-	-
Gesamt	10.426	47,4 %	52,7 %

Angaben differenziert nach Organisationseinheiten im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF):

01.01. – 31.12.2019	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	12.109	63,1 %
darunter:		
AS Lebach in Anker, LAS	77	84,7 %
AS München	629	84,6 %
Entscheidungszentrum West Bonn	189	82,2 %
AS Nostorf-Horst, LAS	90	80,6 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	347	79,3 %
AS Sigmaringen	85	78,1 %
AS Dresden in Anker	70	76,0 %
AS Augsburg (incl. Dep. Donau- wörth in Anker)	87	75,9 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	119	74,5 %

01.01. – 31.12.2019	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	12.109	63,1 %
darunter:		
AS Bonn im AZ	295	73,2 %
AS Suhl im AZ	215	73,0 %
AS Freiburg	57	71,7 %
AS Mönchengladbach im AZ	103	68,7 %
AS Stern-Buchholz im AZ	76	68,6 %
AS Bochum, LAS	260	68,5 %
AS Trier, LAS	164	67,8 %
AS Ellwangen	114	67,3 %
AS Bidingen	119	66,7 %
AS Dortmund im AZ	190	66,3 %
AS Berlin, LAS	470	66,0 %
AS Bramsche im AZ	215	65,9 %
AS Hamburg im AZ, LAS	672	64,9 %
AS Bad Fallingb. im AZ	148	64,8 %
AS Neumünster-Boostedt	473	64,6 %
AS Neumünster-Haart im AZ, LAS	354	64,5 %
AS Essen	101	57,7 %
AS Zirndorf in Anker	116	54,3 %
AS Oldenburg	93	52,9 %
AS Speyer	63	52,7 %
AS Karlsruhe, LAS	196	51,9 %
AS Bielefeld im AZ	239	50,5 %
AS Gießen im AZ, LAS	927	50,3 %
AS Frankfurt/Flughafen	89	50,0 %
AS Friedland, LAS	147	48,8 %
AS Heidelberg im AZ	243	48,6 %
AS Eisenhüttenstadt im AZ	146	48,4 %
Entscheidungszentrum Ost Berlin	228	47,3 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	381	44,9 %
AS Manching in Anker	117	42,3 %
AS Trier im AZ	69	36,7 %
AS Berlin im AZ	214	32,5 %

01.01. – 31.12.2019	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	17.694	51,8 %
darunter		
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in Anker)	92	91,9 %
AS Neustadt	57	84,9 %
AS München	230	84,2 %
AS Jena/Hermsdorf, LAS	103	79,3 %
AS Oldenburg	386	78,8 %
AS Bremen im AZ, LAS	59	76,5 %
Entscheidungszentrum Ost Berlin	395	76,2 %
AS Freiburg	133	71,7 %

01.01. – 31.12.2019	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	17.694	51,8 %
darunter		
Entscheidungszentrum West Bonn	565	70,1 %
AS Bonn im AZ	889	68,2 %
AS Bad Fallingb. im AZ	628	66,2 %
AS Ellwangen	139	65,3 %
AS Karlsruhe, LAS	342	64,7 %
AS Mönchengladbach im AZ	286	64,1 %
AS Bielefeld im AZ	872	63,7 %
AS Bochum, LAS	539	59,6 %
AS Büdingen	85	59,4 %
AS Dresden in AnKER	104	56,8 %
AS Essen	210	55,1 %
AS Dortmund im AZ	622	55,1 %
AS Friedland, LAS	391	53,8 %
AS Hamburg im AZ, LAS	397	53,0 %
AS Bramsche im AZ	693	48,1 %
AS Neumünster-Boostedt	498	47,8 %
AS Sigmaringen	115	44,4 %
AS Berlin, LAS	297	41,5 %
AS Berlin im AZ	225	40,0 %
AS Neumünster-Haart im AZ, LAS	276	35,6 %
AS Leipzig im AZ	86	35,6 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	224	34,6 %
AS Suhl im AZ	257	34,4 %
AS Zirndorf in AnKER	933	34,1 %
AS Lebach in AnKER, LAS	103	33,3 %
AS Deggendorf in AnKER	79	33,3 %
AS Gießen im AZ, LAS	562	32,8 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	250	31,8 %
AS Regensburg in AnKER	618	28,4 %
AS Frankfurt/Flughafen	72	18,3 %
AS Heidelberg im AZ	681	13,9 %
AS Trier im AZ	173	7,6 %
AS Eisenhüttenstadt im AZ	77	1,8 %

01.01. – 31.12.2019	Iran	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	10.356	28,2 %
darunter		
AS Trier, LAS	94	67,4 %
AS Lebach in AnKER, LAS	77	59,5 %
AS Berlin, LAS	157	56,3 %
AS Karlsruhe, LAS	88	50,6 %
AS Essen	110	41,3 %
AS Suhl im AZ	236	41,2 %
AS Bonn im AZ	381	40,3 %
AS Nostorf-Horst, LAS	203	36,7 %

01.01. – 31.12.2019	Iran	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	10.356	28,2 %
darunter		
AS Halberstadt im AZ, LAS	243	35,6 %
AS Bramsche im AZ	303	33,8 %
AS Dresden in AnKER	75	33,3 %
AS Bochum, LAS	246	31,0 %
AS Bad Fallingbostal im AZ	99	30,3 %
AS Mönchengladbach im AZ	118	30,1 %
AS Gießen im AZ, LAS	820	29,7 %
Entscheidungszentrum Ost Berlin	256	28,8 %
Entscheidungszentrum West Bonn	271	28,6 %
AS Dortmund im AZ	315	28,6 %
AS Neumünster-Boostedt	307	26,0 %
AS Heidelberg im AZ	423	23,7 %
AS Trier im AZ	212	22,6 %
AS Hamburg im AZ, LAS	480	21,8 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	191	19,6 %
AS Neumünster-Haart im AZ, LAS	375	19,2 %
AS Bamberg in AnKER	251	18,9 %
AS Frankfurt/Flughafen	140	16,2 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	223	15,4 %
AS Zirndorf in AnKER	587	14,3 %
AS Bielefeld im AZ	335	12,9 %
AS Berlin im AZ	262	8,0 %

01.01. – 31.12.2019	Nigeria	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	13.567	14,5 %
darunter		
AS Neustadt	99	51,1 %
AS Bonn im AZ	210	45,9 %
AS Bochum, LAS	277	41,2 %
AS Dortmund im AZ	230	35,6 %
AS Leipzig im AZ	116	27,9 %
AS Bad Fallingbostal im AZ	84	22,6 %
AS Trier, LAS	102	22,6 %
AS Neumünster-Haart im AZ, LAS	69	21,4 %
AS Freiburg	85	14,5 %
AS Suhl im AZ	201	14,5 %
AS Bielefeld im AZ	224	14,0 %
Entscheidungszentrum West Bonn	212	13,8 %
AS München	1.828	12,9 %
AS Manching in AnKER	112	12,1 %
Entscheidungszentrum Ost Berlin	83	11,8 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	87	11,8 %
AS Ellwangen	166	11,8 %
AS Augsburg (incl. Dep. Donau- wörth in AnKER)	164	10,2 %

01.01. – 31.12.2019	Nigeria	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	13.567	14,5 %
darunter		
AS Gießen im AZ, LAS	458	10,0 %
AS Deggendorf in AnKER	222	9,9 %
AS Sigmaringen	191	8,8 %
AS Bamberg in AnKER	101	8,8 %
AS Karlsruhe, LAS	353	8,2 %
AS Regensburg in AnKER	95	8,1 %
AS Schweinfurt in AnKER	160	7,7 %
AS Zirndorf in AnKER	332	6,4 %
AS Frankfurt/Flughafen	151	4,1 %
AS Heidelberg im AZ	1.017	3,2 %
AS Trier im AZ	221	2,2 %

01.01. – 31.12.2019	Somalia	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	5.365	69,3 %
darunter		
AS Friedland, LAS	81	94,7 %
AS München	193	94,0 %
AS Trier, LAS	181	89,9 %
AS Büdingen	68	89,7 %
AS Hamburg im AZ, LAS	119	86,2 %
AS Diez	53	84,0 %
AS Neumünster-Haart im AZ, LAS	84	83,1 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	174	80,3 %
AS Dortmund im AZ	89	79,7 %
AS Bramsche im AZ	104	79,5 %
AS Gießen im AZ, LAS	559	76,5 %
AS Bonn im AZ	127	75,7 %
AS Bochum, LAS	79	71,0 %
AS Neumünster-Boostedt	136	68,4 %
AS Sigmaringen	63	64,4 %
AS Karlsruhe, LAS	158	62,9 %
AS Suhl im AZ	90	58,0 %
AS Bielefeld im AZ	95	57,5 %
Entscheidungszentrum West Bonn	63	57,4 %
AS Schweinfurt in AnKER	337	48,6 %
AS Zirndorf in AnKER	191	48,3 %
AS Trier im AZ	69	47,4 %
AS Heidelberg im AZ	139	45,7 %
Entscheidungszentrum Ost Berlin	160	23,7 %

01.01. – 31.12.2019	Türkei	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	10.426	52,7 %
darunter		
71B Nürnberg	59	96,6 %
AS Mönchengladbach im AZ	322	81,8 %
AS Dortmund im AZ	527	76,4 %
AS Bielefeld im AZ	724	71,3 %
AS Trier im AZ	452	65,3 %
AS Bonn im AZ	507	65,2 %
AS Bochum, LAS	246	64,1 %
AS Essen	190	63,5 %
AS Suhl im AZ	232	62,9 %
AS Bramsche im AZ	300	53,2 %
AS Augsburg (incl. Dep. Donau- wörth in AnKER)	714	51,6 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	259	51,3 %
AS Dresden in AnKER	122	51,3 %
AS Heidelberg im AZ	1.033	50,8 %
AS Neumünster-Haart im AZ, LAS	202	50,0 %
AS Gießen im AZ, LAS	1.342	46,4 %
Entscheidungszentrum Ost Berlin	155	42,8 %
AS Neumünster-Boostedt	138	42,0 %
Entscheidungszentrum West Bonn	159	41,1 %
AS Nostorf-Horst, LAS	94	40,4 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	217	39,8 %
AS Ellwangen	65	37,3 %
AS Hamburg im AZ, LAS	215	32,3 %
AS Frankfurt/Flughafen	97	30,2 %
AS Friedland, LAS	80	26,9 %
AS Berlin, LAS	158	26,7 %
AS Bad Fallingbommel im AZ	190	26,1 %
AS Karlsruhe, LAS	103	25,3 %
AS Berlin im AZ	334	25,2 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	239	25,1 %

4. Welche Organisationseinheiten des BAMF (bitte genau bezeichnen) wurden im zweiten Halbjahr bzw. im Gesamtjahr 2019 wegen signifikanter negativer oder signifikant positiver (bitte getrennt darstellen) Abweichungen bei den (bereinigten) Schutzquoten um Stellungnahme gebeten, und welche Abweichungen in Bezug auf welche Herkunftsländer waren dies (bitte genauer bezeichnen und in Tabellenform darstellen wie in der Nachbeantwortung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Stephan Mayer vom 11. November 2019 zu Frage 31 auf Bundestagsdrucksache 19/12797, sodass z. B. kenntlich wird, ob es in einzelnen Organisationseinheiten bei bestimmten Herkunftsstaaten keine signifikant abweichende Schutzquote gab oder nur nicht die notwendige Mindestzahl von Entscheidungen erreicht wurde)?

Im zweiten Halbjahr 2019 wurden 75 Abweichungen von $\geq \pm 10$ Prozentpunkten von der bereinigten Gesamtschutzquote bei den zehn Hauptherkunftslän-

dem (TOP 10-HKL) festgestellt, davon 39 Abweichungen unterhalb und 36 Abweichungen oberhalb der bundesdurchschnittlichen Schutzquote.

Dabei wurden nur die Außenstellen einschließlich Ankunftscentren berücksichtigt, in denen mindestens 50 materiell-rechtliche Entscheidungen zu dem jeweiligen TOP 10-HKL in dem Halbjahr getroffen wurden. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus den nachfolgenden Tabellen.

Auswertung der Entscheidungsstatistik im zweiten Halbjahr 2019 anhand unterschreitender Abweichungen¹ von ≥ -10 Prozentpunkten (Stand: 24. Februar 2020):

Referat	Organisationseinheit/T OP 10 HKL ²	Irak	Türkei	Iran	Afghanistan
		(5.309 mrE; bGSQ 50,2 %)	(4.813 mrE; bGSQ 54,5 %)	(3.072 mrE; bGSQ 28,1 %)	(3.064 mrE; bGSQ 63,2 %)
	Gruppe 41 (Region Hamburg Nord)				
41A	AS Hamburg im AZ, LAS	~	83 (42,2 %)	~	~
41C	AS Neumünster-Haart im AZ, LAS	119 (21,0 %)	84 (32,1 %)	157 (12,1 %)	~
41D	AS Neumünster- Boostedt	~	55 (41,8 %)	~	~
41F	AS Bad Fallingbostal im AZ	#	83 (30,1 %)	*	*
41I	AS Friedland, LAS	#	*	*	64 (39,1 %)
	Gruppe 42 (Region Düsseldorf West)				
42C	AS Bielefeld im AZ	#	#	136 (14,0 %)	61 (47,5 %)
42J	EZW Bonn	#	65 (35,4 %)	#	#
	Gruppe 51 (Region Berlin Ost)				
51A	AS Berlin, LAS	85 (37,6 %)	69 (13,0 %)	~	~
51B	AS Berlin im AZ	116 (33,6 %)	169 (26,6 %)	157 (4,5 %)	83 (25,3 %)
51C	AS Eisenhüttenstadt, LAS	*	~	106 (11,3 %)	
51E	AS Chemnitz im AZ, LAS	87 (31,0 %)	110 (30,0 %)	88 (17,0 %)	104 (45,2 %)
51I	AS Suhl im AZ	86 (39,5 %)	#	#	#
51J	AS Halberstadt im AZ, LAS	~	#	~	#
	Gruppe 52 (Region Karlsruhe Südwest)				
52B	AS Karlsruhe, LAS	#	*	*	79 (53,2 %)
52C	AS Heidelberg im AZ	298 (8,7 %)	~	~	104 (43,3 %)
52K	AS Speyer	*	*	*	55 (52,7 %)
	Gruppe 53 (Region Zirndorf Süd)				
53B	AS Manching in AnKER	*	*	*	50 (36,0 %)
53C	AS Bamberg in AnKER	*	*	116 (14,7 %)	*
53E	AS Zirndorf in AnKER	283 (33,6 %)	*	~	*
53F	AS Regensburg in AnKER	309 (24,3 %)	*	*	*
53G	AS Deggendorf in AnKER	*	*	*	*

Referat	Organisationseinheit/ OP 10 HKL ²	Irak	Türkei	Iran	Afghanistan
		(5.309 mrE; bGSQ 50,2 %)	(4.813 mrE; bGSQ 54,5 %)	(3.072 mrE; bGSQ 28,1 %)	(3.064 mrE; bGSQ 63,2 %)
	Gruppe 53 (Region Zirndorf Süd)				
53H	AS Schweinfurt in AnKER	*	*	*	*
53I	AS Gießen in AZ, LAS	225 (30,7 %)	~	~	~
53K	AS Frankfurt/Flughafen	*	63 (27,0 %)	62 (16,1 %)	*
	Unterschreitungen	9	9	7	8

Referat	Organisationseinheit/ TOP 10 HKL ²	Nigeria	Ungeklärt	Eritrea	Somalia	Russische Föderation
		(2.563 mrE; bGSQ 13,3 %)	(1.668 mrE; bGSQ 78,7 %)	(1.643 mrE; bGSQ 89,7 %)	(1.424 mrE; bGSQ 71,8 %)	(1.131 mrE; bGSQ 15,1 %)
	Gruppe 41 (Region Hamburg Nord)					
41A	AS Hamburg im AZ, LAS	*	~	~	*	~
41C	AS Neumünster-Haart im AZ, LAS	*	*	~	*	*
41D	AS Neumünster- Boostedt	*	*	~	*	~
41F	AS Bad Fallingbostal im AZ	*	#	*	*	*
41I	AS Friedland, LAS	*	~	*	*	*
	Gruppe 42 (Region Düsseldorf West)					
42C	AS Bielefeld im AZ	~	*	*	*	*
42J	EZW Bonn	~	*	*	*	*
	Gruppe 51 (Region Berlin Ost)					
51A	AS Berlin, LAS	*	~	*	*	~
51B	AS Berlin im AZ	*	~	*	*	50 (0 %)
51C	AS Eisenhüttenstadt, LAS	*	*	*	*	*
51E	AS Chemnitz im AZ, LAS	*	*	*	*	~
51I	AS Suhl im AZ	~	*	*	*	~
51J	AS Halberstadt im AZ, LAS	*	~	~	~	*
	Gruppe 52 (Region Karlsruhe Südwest)					
52B	AS Karlsruhe, LAS	~	*	*	~	*
52C	AS Heidelberg im AZ	293 (1,7 %)	*	56 (75,0 %)	*	*
52K	AS Speyer	*	*	*	*	*
	Gruppe 53 (Region Zirndorf Süd)					
53B	AS Manching in An- KER	*	*	*	*	*
53C	AS Bamberg in AnKER	*	*	*	*	~

Referat	Organisationseinheit/ TOP 10 HKL ²	Nigeria	Ungeklärt	Eritrea	Somalia	Russische Föderation
		(2.563 mrE; bGSQ 13,3 %)	(1.668 mrE; bGSQ 78,7 %)	(1.643 mrE; bGSQ 89,7 %)	(1.424 mrE; bGSQ 71,8 %)	(1.131 mrE; bGSQ 15,1 %)
	Gruppe 53 (Region Zirndorf Süd)					
53E	AS Zirndorf in AnKER	~	~	*	54 (50,0 %)	*
53F	AS Regensburg in AnKER	*	*	*	*	*
53G	AS Deggendorf in AnKER	*	*	55 (74,5 %)	*	*
53H	AS Schweinfurt in AnKER	*	*	*	126 (48,4 %)	*
53I	AS Gießen in AZ, LAS	~	*	~	~	~
53K	AS Frankfurt/Flughafen	*	*	*	*	*
24 AS	Überschreitungen(39) ³	1	0	2	2	1

mrE = materiell-rechtliche Entscheidungen; bGSQ = bereinigte Gesamtschutzquote

Zwei OrgE wurden im 2. Halbjahr 2019 geschlossen (52H, AS Trier im AZ zum 01.09.2019 und 51D, AS Eisenhüttenstadt im AZ zum 01.10.2019). Diese OrgE sind – mangels Vergleichbarkeit – nicht in die Untersuchung einbezogen worden.

* = unter 50 Entscheidungen

~ = keine signifikante Abweichung

= überschreitende Abweichung

¹ OrgE, die keinerlei signifikanten Abweichungen von $\geq \pm 10$ Prozentpunkten oder ausschließlich (eine oder mehrere) überschreitende Abweichungen von $\geq + 10$ Prozentpunkten aufweisen, sind daher in dieser Auswertung nicht einzeln aufgeführt; vgl. aber Fn. 3.

² Bei dem TOP 10 HKL Syrien waren keinerlei Abweichungen von $\geq \pm 10$ Prozentpunkten festzustellen.

³ Im selben Zeitraum sind insgesamt 36 Überschreitungen bei insgesamt 20 OrgE verzeichnet worden.

Auswertung der Entscheidungsstatistik im zweiten Halbjahr 2019 anhand überschreitender Abweichungen¹ (Stand: 24. Februar 2020):

Referat	Organisationseinheit/TOP 10 HKL ²	Irak	Türkei	Iran	Afghanistan
		(5.309 mrE; bGSQ 50,2 %)	(4.813 mrE; bGSQ 54,5 %)	(3.072 mrE; bGSQ 28,1 %)	(3.064 mrE; bGSQ 63,2 %)
	Gruppe 41 (Region Ham- burg Nord)				
41F	AS Bad Fallingb. im AZ	238 (64,3 %)	#	*	*
41G	AS Bramsche im AZ	~	~	113 (38,9 %)	~
41H	AS Oldenburg	130 (80,0 %)	*	*	*
41I	AS Friedland, LAS	159 (61,0 %)	*	*	#
	Gruppe 42 (Region Düssel- dorf West)				
42A	AS Bochum, LAS	138 (79,0 %)	~	*	*
42B	AS Dortmund im AZ (inkl. DS Unna)	250 (61,0 %)	234 (80,3 %)	~	73 (74,0 %)
42C	AS Bielefeld im AZ	403 (70,7 %)	366 (69,4 %)	#	#

Referat	Organisationseinheit/TOP 10 HKL ²	Irak	Türkei	Iran	Afghanistan
		(5.309 mrE; bGSQ 50,2 %)	(4.813 mrE; bGSQ 54,5 %)	(3.072 mrE; bGSQ 28,1 %)	(3.064 mrE; bGSQ 63,2 %)
	Gruppe 42 (Region Düsseldorf West)				
42E	AS Mönchengladbach im AZ	98 (63,3 %)	261 (83,9 %)	*	*
42F	AS Essen	~	91 (68,1 %)	*	*
42H	AS Bonn im AZ	285 (63,9 %)	185 (70,3 %)	103 (45,6 %)	~
42J	EZW Bonn	241 (73,9 %)	#	86 (44,2 %)	71 (73,2 %)
	Gruppe 51 (Region Berlin Ost)				
51I	AS Suhl im AZ	#	123 (73,2 %)	127 (42,5 %)	59 (78,0 %)
51J	AS Halberstadt im AZ, LAS	~	114 (68,4 %)	~	165 (76,4 %)
	Gruppe 52 (Region Karlsruhe Südwest)				
52B	AS Karlsruhe, LAS	150 (67,3 %)	*	*	#
52D	AS Ellwangen	61 (75,4 %)	*	*	*
52E	AS Freiburg	61 (70,5 %)	*	*	*
52G	AS Trier im AZ, LAS	*	*	*	*
52I	AS Lebach in AnKER, LAS	*	*	*	*
	Gruppe 53 (Region Zirndorf Süd)				
53A	AS München	137 (82,5 %)	*	*	225 (83,1 %)
	Überschreitungen	13	7	4	5

Referat	Organisationseinheit/TOP 10 HKL ²	Nigeria	Ungeklärt	Eritrea	Somalia	Russische Föderation
		(2.563 mrE; bGSQ 13,3 %)	(1.668 mrE; bGSQ 78,7 %)	(1.643 mrE; bGSQ 89,7 %)	(1.424 mrE; bGSQ 71,8 %)	(1.131 mrE; bGSQ 15,1 %)
	Gruppe 41 (Region Hamburg Nord)					
41F	AS Bad Fallingb. im AZ	*	59 (91,5 %)	*	*	*
41G	AS Bramsche im AZ	*	*	~	*	*
41H	AS Oldenburg	*	*	*	*	*
41I	AS Friedland, LAS	*	~	*	*	*
	Gruppe 42 (Region Düsseldorf West)					
42A	AS Bochum, LAS	52 (48,1 %)	~	*	*	*
42B	AS Dortmund im AZ (inkl. DS Unna)	76 (38,2 %)	*	~	*	*
42C	AS Bielefeld im AZ	~	*	*	*	*
42E	AS Mönchengladbach im AZ	*	*	*	*	*
42F	AS Essen	*	*	*	*	*
42H	AS Bonn im AZ	63 (41,3 %)	*	~	*	*
42J	EZW Bonn	~	*	*	*	*

Referat	Organisationseinheit/TOP 10 HKL ²	Nigeria	Ungeklärt	Eritrea	Somalia	Russische Föderation
		(2.563 mrE; bGSQ 13,3 %)	(1.668 mrE; bGSQ 78,7 %)	(1.643 mrE; bGSQ 89,7 %)	(1.424 mrE; bGSQ 71,8 %)	(1.131 mrE; bGSQ 15,1 %)
	Gruppe 51 (Region Berlin Ost)					
51I	AS Suhl im AZ	~	*	*	*	~
51J	AS Halberstadt im AZ, LAS	*	~	~	~	*
	Gruppe 52 (Region Karlsruhe Südwest)					
52B	AS Karlsruhe, LAS	~	*	*	~	*
52D	AS Ellwangen	~	*	*	*	*
52E	AS Freiburg	*	*	*	*	*
52G	AS Trier im AZ, LAS	*	*	*	76 (85,5 %)	*
52I	AS Lebach in Anker, LAS	*	51 (96,1 %)	*	*	
	Gruppe 53 (Region Zirndorf Süd)					
53A	AS München	~	*	~	83 (94,0 %)	*
20 AS	Überschreitungen (36)³	3	2	0	2	0

mrE = materiell-rechtliche Entscheidungen; bGSQ = bereinigte Gesamtschutzquote

Zwei OrgE wurden im 2. Halbjahr 2019 geschlossen (52H, AS Trier im AZ zum 01.09.2019 und 51D, AS Eisenhüttenstadt im AZ zum 01.10.2019). Diese OrgE sind – mangels Vergleichbarkeit – nicht in die Untersuchung einbezogen worden.

* = unter 50 Entscheidungen

~ = keine signifikante Abweichung

= unterschreitende Abweichung

¹ OrgE, die keinerlei signifikanten Abweichungen von $\geq \pm 10$ Prozentpunkten oder ausschließlich (eine oder mehrere) unterschreitende Abweichungen von ≥ -10 Prozentpunkten aufweisen, sind daher in dieser Auswertung nicht einzeln aufgeführt; vgl. aber Fn. 3.

² Bei dem TOP 10 HKL Syrien waren keinerlei Abweichungen von $\geq \pm 10$ Prozentpunkten festzustellen.

³ Im selben Zeitraum sind insgesamt 39 Unterschreitungen bei insgesamt 24 OrgE verzeichnet worden.

- a) Welche Erklärungen wurden von den jeweiligen Organisationseinheiten für die signifikanten Abweichungen gegeben (bitte ausführen), und inwieweit wurden diese Erklärungen vom BAMF als nachvollziehbar bewertet, bzw. welche Schlussfolgerungen wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte darstellen)?

Aufgrund der 75 relevanten Abweichungen sind nach der Auswertung divergierende Schutzquoten vor allem auf die persönlichen Merkmale der Antragstellenden zurückzuführen, wie Alter, Geschlecht, Familienstand, ethnische und religiöse Zugehörigkeit sowie der Herkunftsort. Ein zunehmend wichtiger Faktor für die Abweichungen der Schutzquoten sind die Entscheidungen zum Familienschutz nach § 26 AsylG, deren Anteil lokal höchst unterschiedlich verteilt ist. Die gegebenen Erklärungen wurden durch etwa 400 Stichproben nachgeprüft und haben sich als zutreffend erwiesen. Bezogen auf einzelne Staatsangehörigkeiten ergab sich Folgendes:

Syrien: Hier gab es keine Abweichungen.

Irak: Im 2. Halbjahr 2019 sind beim Herkunftsland Irak 22 statistische Abweichungen von der bereinigten Gesamtschutzquote festgestellt worden. Davon wurde in 13 Außenstellen die bereinigte Gesamtschutzquote (50,2 Prozent) über- und in neun Außenstellen unterschritten. Die Gründe für die Abweichungen liegen hauptsächlich beim Familienschutz (2.153 von den insgesamt 5.309 materiell-rechtlichen Entscheidungen, mithin 40,5 Prozent) für nachgeborene/nachgereiste Familienmitglieder. Darüber hinaus kommt es auf die Ethnie (kurdisch oder arabisch) bzw. Religion (Sunniten, Schiiten, Jesiden, Christen) und genaue innerstaatliche Herkunft, entweder aus dem Bereich der kurdischen Regionalregierung oder aus dem Zentralirak, an.

Türkei: Beim Herkunftsland Türkei sind im Prüfungszeitraum 16 Abweichungen von der bereinigten Gesamtschutzquote (54,5 Prozent) festgestellt worden, an sieben Standorten Über- und in neun Fällen Unterschreitungen. Gründe für die Abweichungen: Die Schutzquote beim Herkunftsland Türkei ist maßgeblich von dem Verhältnis der Volksgruppen Türken/Kurden an der Gesamtzahl abhängig. Die Anerkennungsquote der kurdischen Volkszugehörigen ist dabei vergleichsweise gering, da es sich hierbei häufig um alleinstehende Männer ohne asylrelevantes Vorbringen handelt. Im Gegensatz dazu führen die überwiegend substantiierten Vorträge der türkischen Volkszugehörigen häufig zu einer Schutzgewährung, vielfach mit Gülen-Bezug. Da die türkischstämmigen Antragstellenden darüber hinaus oft im Familienverband fliehen, potenziert sich der Effekt auf die lokalen Schutzquoten.

Iran: Insgesamt sind bei diesem Herkunftsland elf Abweichungen von der bereinigten Gesamtschutzquote (28,1 Prozent) festgestellt worden, davon in vier Außenstellen Über- und in sieben Außenstellen Unterschreitungen. Gründe für die Abweichungen: Die Konversion zum christlichen Glauben oder Apostasie wird (weiterhin) in einem ganz erheblichen Anteil aller originär entschiedenen Verfahren zur Begründung des Asylbegehrens vorgetragen. Der Umgang mit diesem Vorgehen ist in der Dienstanweisung und in den Leitsätzen Iran geregelt. Die Schutzgewährung hängt von den Einzelumständen des Falles ab.

Afghanistan: Für Afghanistan sind im Prüfungszeitraum 13 Abweichungen von der bereinigten Gesamtschutzquote (63,2 Prozent) festgestellt worden, davon in fünf Außenstellen Über- und in acht Außenstellen Unterschreitungen. Gründe für die Abweichungen: Auch bei Afghanistan hatten die Entscheidungen zum Familienschutz einen hohen Anteil. Darüber hinaus ist die Zusammensetzung der Antragstellenden bezüglich ihrer persönlichen Merkmale bei dieser Staatsangehörigkeit, insbesondere im Hinblick auf Alter, Geschlecht und genaue innerstaatliche Herkunft, für die jeweils individuelle Beurteilung des Einzelfalles ausschlaggebend. Insbesondere haben von der Tendenz junge, gesunde, allein-

stehende und arbeitsfähige Antragsteller in Übereinstimmung mit der geltenden Rechtsprechung eine geringere Schutzquote.

Nigeria: Bei diesem Herkunftsland sind vier Abweichungen von der bereinigten Gesamtschutzquote (13,3 Prozent) festgestellt worden, davon in drei Außenstellen Über- und in einer Außenstelle eine Unterschreitung. Gründe für die Abweichung: Die drei festgestellten positiven Abweichungen betreffen Außenstellen mit einer geringen Anzahl von Entscheidungen mit lokalen Besonderheiten.

Ungeklärt: Die hier festgestellten Abweichungen sind nicht signifikant, da hier mehrere Herkunftsregionen und Volkgruppen aus verschiedenen Staaten, wie Kurden und Palästinenser, zusammengefasst werden, und werden daher bei künftigen Schutzquotenvergleichen außer Betracht bleiben.

Eritrea: Hier gab es zwei Unterschreitungen von der bereinigten Gesamtschutzquote (89,7 Prozent). Gründe für die Abweichungen: Die Abweichung der beiden Außenstellen Heidelberg und Deggendorf fußt vorliegend jeweils auf einer geringen Anzahl ablehnender Entscheidungen (jeweils 14), die zu Verzerrungen führt. Alle ablehnenden Entscheidungen sind auf die Vereinbarkeit mit den HKL-Leitsätzen geprüft worden. Die Überprüfung ergab keine Auffälligkeiten im vorbezeichneten Sinne.

Somalia: Insgesamt sind bei diesem Staatsangehörigen vier Abweichungen von der bereinigten Gesamtschutzquote (71,8 Prozent) festgestellt worden. Davon wurde in zwei Außenstellen die bereinigte Gesamtschutzquote über- und in zwei Fällen unterschritten. Gründe für die Abweichungen: Die Schutzquote beim Herkunftsland Somalia ist maßgeblich vom Geschlecht des Antragsstellenden abhängig, da die weibliche Genitalverstümmelung sowie die Betroffenheit vom Menschenhandel die häufigsten schutzauslösenden Fluchtgründe darstellt. Ferner ist der Anteil der Entscheidungen zum Familienschutz beim Herkunftsland Somalia mit 35,2 Prozent sehr hoch.

Russische Föderation: Bei diesem Herkunftsland gab es eine negative Abweichung von der bereinigten Gesamtschutzquote (15,1 Prozent). Gründe für die Abweichungen bei ohnehin geringer Entscheidungszahl und Schutzquote: die Abweichung der Außenstelle konnte infolge der Sichtung sämtlicher entschiedener Verfahren als nachvollziehbar eingestuft werden.

- b) Welche Auffälligkeiten in der Entscheidungspraxis in Bezug auf die Herkunftsländer Eritrea und Nigeria waren es, die zu welchen Konkretisierungen der Herkunftsländerleitsätze und zu weiteren internen Überprüfungen führten (bitte ausführen; vgl. Bundestagsdrucksache 19/13945, Antwort zu Frage 31)?

Im Schutzquotenbericht für das zweiten Halbjahr 2018 wurde konstatiert, dass es für eine weitere Angleichung der Entscheidungspraxis sachdienlich wäre, beim HKL Nigeria eine Konkretisierung der HKL-Leitsätze und Textbausteine hinsichtlich des internen Schutzes – speziell für alleinerziehende Frauen ohne familiären Rückhalt – und der Abschiebungsverbote bezüglich dieser Personengruppe vorzunehmen. Ferner wurde, abseits der als nicht nachvollziehbar eingestuften Abweichung der AS Bamberg, angeregt, bei den HKL-Leitsätzen Eritrea den Umgang mit dem Tatbestand der illegalen Ausreise zu präzisieren. Abweichungen, die hierauf zurückzuführen wären, sind indes nicht festgestellt worden. Beide Anregungen sind mit den zwischenzeitlich überarbeiteten HKL-Leitsätzen Nigeria und Eritrea umgesetzt worden. Darüber hinaus wurde die Entscheidungspraxis der AS Bamberg bezüglich des HKL Eritrea beanstandet. Hier wurde im Rahmen der Stichproben festgestellt, dass die Entscheidungspraxis bei verheirateten Frauen und Müttern, die ihr Asylbegehren mit dem drohenden Nationaldienst begründeten, nicht in allen Fällen den zu diesem

Zeitpunkt gültigen HKL-Leitsätzen entsprach. Auch der Umgang mit dem nachzuholenden Nationaldienst bei Antragstellenden, die zum Zeitpunkt der Ausreise noch keine 18 Jahre alt waren, war nicht in allen Fällen der Stichprobe leitsatzkonform erfolgt.

Im Schutzquotenbericht für das 1. Halbjahr 2019 wurde die Entscheidungspraxis der AS Bamberg erneut und AS Karlsruhe erstmalig dahingehend beanstandet, dass dem Umstand einer Desertation bzw. des Nationaldienstentzugs oder der Gefahr eines nachzuholenden Nationaldienstes bei Antragstellenden, die zum Zeitpunkt der Ausreise noch keine 18 Jahre alt waren, nicht in allen Fällen ausreichende Würdigung bei der Entscheidung beigemessen wurde. Aus diesem Grund wurde eine Auditierung der Entscheidungspraxis beider Organisationseinheiten angeregt.

Im Schutzquotenbericht für das zweiten Halbjahr 2019 sind alle Abweichungen, auch beim HKL Eritrea, als nachvollziehbar eingestuft worden.

- c) Warum und in welcher Weise wurden die Organisationseinheiten Karlsruhe und Bamberg durch den Bereich Qualitätssicherung begleitet, und welche konkreten Ergebnisse und Verbesserungen konnten durch diese Begleitung erreicht werden (bitte ausführen; vgl. ebd.)?

Wegen des Anlasses für die Durchführung der Auditierungen in den betroffenen Außenstellen wird auf die obige Antwort zu Frage 4b) verwiesen. Beide Audits wurden vor Ort durchgeführt und prüften vorrangig die Einhaltung der Prozessschritte, welche grundsätzlich dienstweisungskonform (Prozessuale Entscheidungspraxis) erfolgten. Auffälligkeiten in der Entscheidungspraxis wurden nach der Überarbeitung der Leitsätze aktuell nicht mehr festgestellt.

- d) Wenn in der genannten Nachbeantwortung vom 11. November 2019 als Grund für negative Abweichungen der bereinigten Schutzquote in Bezug auf das Herkunftsland Iran eine „fehlende Glaubhaftmachung bei Konversionen“ genannt wird, wie ist es (auch angesichts einer statistisch relevanten Größenordnung von Entscheidungen) zu erklären, dass in bestimmten Organisationseinheiten signifikant mehr Asylsuchende eine Konversion nicht glaubhaft machen konnten als in anderen, insbesondere, wenn dies in bestimmten Organisationseinheiten wiederholt geschieht, in anderen aber nicht; und inwieweit kann diesbezüglich zur Erklärung ausgeschlossen werden, dass in diesen Organisationseinheiten strengere Prüfungen zur Glaubhaftmachung einer Konversion erfolgen als in anderen (bitte ausführen)?

Vorbemerkung zu Frage 4d:

Die in der Frage enthaltene Formulierung „angesichts statistisch relevanter Größenordnung von Entscheidungen“ erkennt Folgendes:

- Die TOP 10-Herkunftsländer sollen zwar auf möglichst jede Außenstelle, die Asylentscheidungen trifft, verteilt werden; doch angesichts des Rückgangs der Asylzahlen gelingt dies derzeit nur noch beim HKL Syrien.
- Die Außenstellen sind personell unterschiedlich stark ausgestattet und weisen nicht zuletzt deshalb je Herkunftsland sehr unterschiedliche Fallzahlen auf.
- Eine weitergehende Verteilung unter Berücksichtigung von besonderen, die Asylentscheidung bei bestimmten Herkunftsländern im Einzelfall beeinflussenden Merkmalen (wie z. B. Ethnie, Religionszugehörigkeit, Geschlecht, Familienschutz, sexuelle Orientierung) erfolgt von Amts wegen grundsätzlich nicht. Allerdings ist immer wieder zu beobachten, dass Antragsstellende mancher Ethnien, Religionszugehörigkeiten etc. bestimmte Einreisewege

und/oder Orte der erstmaligen Äußerung ihres Asylgesuchs (Ansiedlungsschwerpunkte) bevorzugen mit der Folge, dass ihre Verfahren in bestimmten Außenstellen vermehrt anfallen.

- Die Zahl von mindestens 50 Entscheidungen zu einem TOP 10-Herkunftsland im Halbjahr ist für eine Einbeziehung einer Außenstelle in die Schutzquotenanalyse nicht gewählt worden, weil es sich dabei um eine anerkannte statistische Größe handelt. Diese wird vielmehr erst bei einer größeren Anzahl vermutet. Vorrangig ging es darum, möglichst viele Außenstellen in die Schutzquotenanalyse bei gleichzeitig zurückgehenden Antragszahlen einzubeziehen und nur solche Größenordnungen auszunehmen, bei denen von vornherein keine Validität erwartet werden kann.
- Die Schutzquotenanalyse ist nur ein Baustein von mehreren, mit denen eine einheitliche Entscheidungspraxis im BAMF überprüft und sichergestellt werden soll. Daneben sind insbesondere die dezentrale Qualitätssicherung (Mehr-Augen-Prinzip), die regelmäßigen Stichprobenprüfungen durch die zentrale Qualitätssicherung, die außenstellenübergreifende Rotation der Qualitätssichernden sowie Schulungen und Workshops für Qualitätssicherer zu nennen.

Antwort zu Frage 4d:

Soweit in der Nachbeantwortung vom 11. November 2019 bzgl. der Abweichungen eine „vor allem ... fehlende Glaubhaftmachung bei Konversionen“ angeführt wurde, bezieht sich diese Auskunft auf die jeweiligen Erklärungen der betroffenen Außenstellen. Die Unterschiede lassen sich – trotz umfangreicher Stichproben – wegen der durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) bestätigten erforderlichen individuellen Glaubhaftmachung auch bei kirchlichen Bescheinigungen zum Glaubensleben nicht näher eingrenzen. Das Bundesamt hat eine umfangreiche Multiplikatoren-Schulung für alle Außenstellen unter Beteiligung der Kirchen durchgeführt und arbeitet an einer weiteren Konkretisierung der HKL – Leitsätze Iran.

- e) Wenn in der genannten Nachbeantwortung vom 11. November 2019 als Grund für negative Abweichungen der bereinigten Schutzquote in Bezug auf das Herkunftsland Türkei eine „Vielzahl an Fällen mit fehlender Glaubhaftmachung“ genannt wird, wie ist es (auch angesichts einer statistisch relevanten Größenordnung von Entscheidungen) zu erklären, dass in bestimmten Organisationseinheiten signifikant mehr Asylsuchende unglaubhafte Angaben gemacht haben sollen als in anderen, insbesondere, wenn dies dort wiederholt geschieht, in anderen aber nicht; und inwieweit kann diesbezüglich zur Erklärung ausgeschlossen werden, dass in diesen Organisationseinheiten strengere Prüfungen zur Glaubhaftmachung von Verfolgungsgründen erfolgen als in anderen (bitte ausführen)?

Zunächst wird auf die Vorbemerkung zu Frage 4d verwiesen.

Im Übrigen wird auf die Ausführungen zum Herkunftsland Türkei unter der Antwort zu Frage 4a Bezug genommen. Die Aussage in der Nachbeantwortung bezieht sich vornehmlich auf die Sachvorträge kurdischer Volkszugehöriger, deren Vorträge bundesweit im Vergleich zu Vorträgen türkischer Volkszugehöriger seltener zu einer Schutzgewährung führen und die nicht in allen Außenstellen, die das Herkunftsland Türkei bearbeiten, anteilig gleich verteilt sind.

- f) Hält die Bundesregierung angesichts der signifikanten Abweichungen bei bereinigten Schutzquoten einzelner Organisationseinheiten und des diesbezüglich festgestellten Verbesserungsbedarfs (Begleitung durch Qualitätssicherung, Klarstellung von Herkunftsländerleitsätzen) an ihrer Einschätzung fest, die vom Forschungszentrum des BAMF unter anderem zur Erklärung herangezogenen Faktoren (z. B.: „Mikroklima“ in einzelnen Einheiten, die konkrete Zusammensetzung des Personals, lokale Auslegungen von Leitsätzen) seien „hypothetisch“ (vgl. Bundestagsdrucksache 19/6786, Antwort zu Frage 5, und wenn ja, bitte begründen), und welche neueren Erkenntnisse oder Informationen im BAMF bzw. des Forschungszentrums des BAMF liegen inzwischen zu den Ursachen signifikant abweichender Schutzquoten vor, bzw. welche diesbezüglichen Untersuchungen laufen aktuell oder wurden bereits abgeschlossen (bitte gegebenenfalls mit zentralen Ergebnissen ausführen)?

Die konkreten Schutzquotenprüfungen sind Aufgabe der Qualitätssicherung anhand der vorliegenden Einzelfälle. Punktuelle Verbesserungsbedarfe wird es angesichts der sich stets wandelnden Verfolgungssituation in den Herkunftsländern und den damit verbundenen Anpassungen in den HKL–Leitsätzen sowie durch die Herausbildung herrschender Meinungen zu den einzelnen Herkunftsländern in der Rechtsprechung immer geben.

Es entspricht auch der Zielsetzung der regelmäßigen Schutzquotenprüfungen, diese Bedarfe rechtzeitig zu ermitteln, um hierauf adäquat reagieren zu können. Die aktuellen Ergebnisse der Schutzquotenüberprüfungen geben keinen Anlass für eine grundsätzlich andere Beurteilung der Sachlage, zumal die umfassenden Qualitätssicherungsmaßnahmen (dezentrale und zentrale Qualitätssicherung, außenstellenübergreifende Rotation der Qualitätssichernden, Schutzquotenüberprüfungen, Schulungen der Mitarbeitenden usw.) den hypothetischen lokalen (Fehl-)Entwicklungen entgegenwirken bzw. diese verhindern sollen.

- g) Wie kann erklärt werden, dass Organisationseinheiten mit signifikant negativ abweichenden bereinigten Schutzquoten vor allem in den Regionen „Berlin Ost“ (dort fast alle Einheiten) und „Zirndorf Süd“ (insbesondere in Bayern) liegen, aber nur wenige in den Regionen „Hamburg Nord“ und „Düsseldorf West“ (vgl. Bundestagsdrucksache 19/13945, Antwort zu Frage 31)?

Die statistischen Differenzen zwischen den vorbezeichneten Regionen bzw. Gruppen werden durch Ansiedlungsschwerpunkte im Bundesgebiet und besonders durch die Verteilung der Entscheidungen zum Familienschutz bzw. deren Anteil an der Gesamtheit der in den jeweiligen Außenstellen entschiedenen Verfahren beeinflusst. Da es sich um Entscheidungen ohne Ermessensspielraum handelt, die nicht nur dezentral im Vier-Augen-Prinzip, sondern auch von der bundesweiten zentralen Qualitätssicherung repräsentativ überprüft wurden, können aus der statistischen Differenz keine Rückschlüsse auf eine abweichende Entscheidungspraxis gezogen werden.

- h) Wie kann erklärt werden, dass sich unter den Organisationseinheiten mit signifikant negativ abweichenden bereinigten Schutzquoten überdurchschnittlich viele ANKER-Einrichtungen befinden (vgl. Bundestagsdrucksache 19/13945, Antwort zu Frage 31) – wie viele und welche ANKER-Einrichtungen bzw. funktionsgleiche Einrichtungen (bitte differenzieren) gab es 2019, und wie viele und welche von ihnen fielen im Jahr 2019 bzw. im zweiten Halbjahr 2019 mit signifikant negativ abweichenden bereinigten Schutzquoten auf (bitte auflisten)?

Zum Jahresbeginn 2019 befanden sich neun Anker-Einrichtungen in Betrieb (Augsburg/Donauwörth, Bamberg, Deggendorf, Dresden, Lebach, Manching,

Regensburg, Schweinfurt, Zirndorf). Hinzu kamen im Jahresverlauf fünf funktionsgleiche Einrichtungen (Nostorf-Horst, Neumünster-Boostedt, Eisenhüttenstadt, Chemnitz und Leipzig).

Die unterschreitenden Abweichungen der AnKER-Einrichtungen sind bei den TOP 10 HKL für das 1. Halbjahr den Fragestellenden bereits mit der Nachbarantwortung des Parlamentarischen Staatssekretärs Stephan Mayer vom 11. November 2019 (dortige Anlage 2) zu Frage 31 auf Bundestagsdrucksache 19/12797 übermittelt worden. Für das 2. Halbjahr 2019 können die negativen Abweichungen der obigen Antwort zu Frage 4 entnommen werden.

Es sind keine Anzeichen dafür erkennbar, dass die AnKER-Einrichtungen - zumindest ohne sachlichen Grund – überdurchschnittlich viele signifikant negative Entscheidungen treffen. Zum einen sind – wie bereits mehrfach ausgeführt – für die Unterschiede zwischen den einzelnen Außenstellen bei denselben Herkunftsländern vielfältige Faktoren, insbesondere Merkmale der Antragstellenden (z. B. ethnische Herkunft, Religion, Geschlecht, Alter, Familienstand), unterschiedlich hohes Aufkommen verschiedener Personengruppen sowie Unterschiede in der regionalen Verteilung verantwortlich. So konnten bei Stichprobenprüfungen im Rahmen der Erstellung der Schutzquotenanalyse auch bei den AnKER-Einrichtungen weder Unplausibilitäten bei den von den einzelnen Außenstellen abgegebenen Begründungen für die Abweichungen noch bei der Sichtung von Einzelfällen unvertretbare Entscheidungen – vor allem mit Blick auf die jeweiligen HKL-Leitsätze – festgestellt werden.

Zum anderen werden in den AnKER-Einrichtungen neben Anträgen zu TOP 10 HKL auch weitere Herkunftsländer entschieden. Insofern kommt auch der Referenzschutzquote (RSQ) Bedeutung zu, bei der es um die Größe des Deltas zwischen einer anhand aller materiell-rechtlich getroffenen Entscheidungen im Untersuchungszeitraum für jede einzelne Außenstelle ermittelten (individuellen) Ist-Schutzquote und der anhand der bereinigten Gesamtschutzquote pro Herkunftsländer ermittelten und entsprechend dem jeweiligen Anteil von Entscheidungen für jede einzelne Außenstelle ermittelten (individuellen) Soll-Schutzquote (= RSQ) geht. Danach wies im 1. Halbjahr 2019 keine der AnKER-Einrichtungen Abweichungen von $\geq \pm 10$ Prozentpunkten bei der RSQ auf und traf dies im 2. Halbjahr 2019 bezogen auf die AnKER-Einrichtungen nur für den Standort Regensburg zu. Dafür waren vor allem die Entscheidungen zum TOP 10 HKL Irak ausschlaggebend und insofern dort die unterdurchschnittlich geringe Anzahl von Entscheidungen zum Familienschutz bei diesem Herkunftsländer in der AnKER-Einrichtung Regensburg.

5. Wie viele Asylsuchende wurden im Gesamtjahr 2019 registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Januar 19	15.500	14.534
Februar 19	12.444	12.289
März 19	11.588	10.965
April 19	11.369	10.488
Mai 19	10.476	11.146
Juni 19	9.328	8.288
Juli 19	12.567	12.298
August 19	11.507	11.076
September 19	11.581	10.830

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Oktober 19	12.015	11.100
November 19	10.696	10.263
Dezember 19	10.639	8.359

6. Zu wie vielen asylsuchenden Personen wurde im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 nach Angaben des Ausländerzentralregisters eine Ausreise registriert, obwohl noch kein Abschluss des Asylverfahrens erfasst war (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Bundesländern differenzieren)?

Zum Stichtag 29. Februar 2020 waren im AZR 13.417 nicht aufhältige Personen mit einer Ausreise im gesamten Jahr 2019 erfasst, davon 3.176 nicht aufhältige Personen mit einer Ausreise im vierten Quartal 2019, bei denen zum Zeitpunkt der Ausreise noch kein Abschluss des Asylverfahrens gespeichert war. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Asylbewerber, die ohne Abschluss des Asylverfahrens ausgereist sind	im 4. Quartal 2019	2019 insgesamt
Alle Staatsangehörigkeiten	3.176	13.417
darunter		
Georgien	262	1.010
Serbien	173	983
Nordmazedonien	113	927
Moldau (Republik)	171	867
Albanien	210	839
Irak	211	825
Nigeria	197	712
Afghanistan	158	600
Pakistan	118	557
Russische Föderation	119	487
Ukraine	130	323
Iran	95	323
Algerien	70	309
Türkei	112	307
Armenien	80	292

Asylbewerber, die ohne Abschluss des Asylverfahrens ausgereist sind	im 4. Quartal 2019	2019 insgesamt
Alle Bundesländer	3.176	13.417
davon:		
Baden-Württemberg	443	1.892
Bayern	791	2.810
Berlin	243	959
Brandenburg	86	366
Bremen	10	54
Hamburg	34	169
Hessen	165	799
Mecklenburg-Vorpommern	72	235
Niedersachsen	203	993
Nordrhein-Westfalen	582	2.580
Rheinland-Pfalz	160	782
Saarland	18	66

Asylbewerber, die ohne Abschluss des Asylverfahrens ausgereist sind	im 4. Quartal 2019	2019 insgesamt
Alle Bundesländer	3.176	13.417
davon:		
Baden-Württemberg	443	1.892
Sachsen	126	650
Sachsen-Anhalt	80	289
Schleswig-Holstein	77	373
Thüringen	86	400

7. Welche Erkenntnisse gibt es aus den Reisewegbefragungen des BAMF dazu, wie viele Asylsuchende bzw. wie viele syrische Asylsuchende (bitte differenzieren) legal und/oder wie viele von ihnen mit dem Flugzeug eingereist sind (bitte jeweils in relativen und absoluten Zahlen darstellen), und inwieweit stimmen fachkundige Bundesbedienstete des BAMF der Einschätzung der Fragestellenden zu (die Richtigkeit der Angaben der Betroffenen zu ihren Reisewegen unterstellt), dass ein hoher Anteil von Einreisen mit dem Flugzeug bei syrischen Asylsuchenden ein starkes Indiz dafür ist, dass diese Asylsuchenden zuvor überwiegend legal im Wege des Familiennachzugs mit dem Flugzeug eingereist sind, auch vor dem Hintergrund, dass im Gesamtjahr 2018 nur 41 syrische Staatsangehörige am Flughafen einen Asylantrag gestellt haben und eine Einreise mit dem Flugzeug Asylsuchenden in der Regel nicht möglich ist, weil ihnen zum Zweck der Asylsuche kein Visum erteilt wird, und vor dem Hintergrund, dass im zweiten Quartal 2019 97,5 Prozent aller Erteilungen eines GFK-Schutzstatus an syrische Flüchtlinge im Rahmen des Familienschutzes erfolgten (Bundestagsdrucksache 19/13945, Antwort zu Frage 2a; bitte begründet antworten)?

Soweit parlamentarische Anfragen Umstände betreffen, die aus Gründen des Staatswohls geheimhaltungsbedürftig sind, hat die Bundesregierung zu prüfen, ob und auf welche Weise die Geheimhaltungsbedürftigkeit mit dem parlamentarischen Informationsanspruch in Einklang gebracht werden kann (BVerfGE 124, 161 [189]). Die Bundesregierung ist nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass die Frage 7 aus Geheimhaltungsgründen ganz oder teilweise nicht in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil beantwortet werden können, sondern als Anlage mit entsprechender Einstufung, welche nicht als Bundestagsdrucksache veröffentlicht werden soll, zur Verfügung gestellt werden.

Zwar ist der parlamentarische Informationsanspruch grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt. Die Einstufung der Antwort zu Frage 7 als Verschlussache (VS) mit dem Geheimhaltungsgrad „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ ist aber im vorliegenden Fall im Hinblick auf das Staatswohl erforderlich.*

Nach § 3 Nummer 4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen (Verschlussachenanweisung, VSA) sind Informationen, deren Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein können, entsprechend einzustufen. Die erbetenen Auskünfte sind geheimhaltungsbedürftig.

Die Daten aus der Reisewegbefragung (RWB) werden nur für den Dienstgebrauch gesammelt und nicht veröffentlicht, da aus diesen Auswertungen

* Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

Schlussfolgerungen gezogen werden können, die Einfluss auf die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland haben. Hintergrund ist, dass die RWB-Daten – auch wenn sie auf grds. nicht ohne weiteres nachprüfbares Selbstauskünften der Befragten beruhen – u. a. als Grundlage für die Berichterstattung sicherheitsrelevanter Frühwarnsysteme genutzt werden.

8. Zu welchem Anteil und in welcher Zahl verfügten Asylsuchende im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 nicht über Identitätspapiere (Reisepässe, Ausweise, sonstiges), mit denen ihre Herkunft bzw. Identität nach Auffassung des BAMF hinreichend sicher zu klären war (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren Zeitraum 4. Quartal 2019				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren*	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Gesamt	16.097	8.374	7.723	48,0 %
darunter:				
Syrien	2.914	2.160	754	25,9 %
Irak	1.415	899	516	36,5 %
Türkei	1.767	1.354	413	23,4 %
Afghanistan	1.114	269	845	75,9 %
Iran	1.253	641	612	48,8 %
Nigeria	431	33	398	92,3 %
Ungeklärt	376	201	175	46,5 %
Eritrea	190	82	108	56,8 %
Georgien	596	366	230	38,6 %
Somalia	327	12	315	96,3 %
Russische Föderation	354	127	227	64,1 %
Moldau, Republik	369	274	95	25,7 %
Pakistan	302	54	248	82,1 %
Albanien	257	158	99	38,5 %
Guinea	219	8	211	96,3 %

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren Zeitraum Jahr 2019				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren*	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Gesamt	71.088	36.150	34.938	49,1 %
darunter:				
Syrien	12.381	9.938	2.443	19,7 %
Irak	5.979	3.948	2.031	34,0 %
Türkei	7.532	5.988	1.544	20,5 %
Afghanistan	4.221	951	3.270	77,5 %
Nigeria	5.021	275	4.746	94,5 %
Iran	6.162	3.252	2.910	47,2 %
Ungeklärt	1.508	914	594	39,4 %
Somalia	1.433	70	1.363	95,1 %
Eritrea	822	301	521	63,4 %
Georgien	2.405	1.445	960	39,9 %
Russische Föderation	1.434	670	764	53,3 %

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren Zeitraum Jahr 2019				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren*	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Gesamt	71.088	36.150	34.938	49,1 %
darunter:				
Guinea	1.527	33	1.494	97,8 %
Pakistan	1.485	285	1.200	80,8 %
Moldau (Republik)	1.018	838	180	17,7 %
Albanien	1.012	622	390	38,5 %

* Pass, Passersatz, Personalausweis

- a) Wie hoch war jeweils der Anteil der Asylsuchenden ohne Identitätspapiere im Jahr 2019 bei den Asylsuchenden aus den zehn Herkunftsländern mit den höchsten bereinigten Gesamtschutzquoten, und wie hoch war jeweils der Anteil der Asylsuchenden ohne Identitätspapiere im Jahr 2019 bei den Asylsuchenden aus den zehn Herkunftsländern mit den niedrigsten bereinigten Gesamtschutzquoten (bitte jeweils nach einzelnen Länder auflisten und nur Länder mit mehr als 100 Entscheidungen berücksichtigen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Staatsangehörigkeiten	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Syrien	99,8 %	2.443	19,7 %
Jemen	96,8 %	119	19,4 %
Staatenlos	80,7 %	77	33,3 %
Eritrea	76,0 %	521	63,4 %
Ungeklärt	63,7 %	594	39,4 %
Türkei	49,3 %	1.544	20,5 %
Venezuela	43,6 %	12	2,1 %
Afghanistan	40,5 %	3.270	77,5 %
Somalia	39,4 %	1.363	95,1 %
China	38,7 %	621	73,3 %
Tunesien	2,5 %	316	81,0 %
Kolumbien	1,7 %	17	5,1 %
Albanien	1,5 %	390	38,5 %
Moldau, Republik	1,1 %	180	17,7 %
Vietnam	0,9 %	237	31,3 %
Georgien	0,8 %	960	39,9 %
Nordmazedonien	0,4 %	187	38,6 %
Serbien	0,2 %	222	55,4 %
Montenegro	0,0 %	9	27,3 %
Niger	0,0 %	52	98,1 %

* Pass, Passersatz, Personalausweis

- b) Stimmt die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieser Zahlen der Auffassung der Fragestellenden zu, dass es keinen stringenten Zusammenhang zwischen dem Anteil von Asylsuchenden mit oder ohne Identitätsnachweis und ihrer Schutzbedürftigkeit gibt (wenn nein, bitte begründen) und dass vor allem auch der Stand des Dokumentenwesens der jeweiligen Herkunftsländer oder Umstände der Flucht dafür ausschlaggebend sind, zu welchen Anteilen Asylsuchende über Identitätsnachweise verfügen oder nicht (bitte ausführen)?

Dieser Zusammenhang ist je nach Herkunftsland unterschiedlich ausgeprägt. Die Vorlage von Identitätsnachweisen kann auch mit dem Stand des Dokumentenwesens oder Fluchtumständen in den jeweiligen Herkunftsstaaten zusammenhängen. Tendenziell werden nach der Tabelle zu Frage 8a zahlenmäßig mehr Legitimationspapiere von Antragstellenden aus Herkunftsländern mit guter Bleibeperspektive vorgelegt.

9. In wie vielen Fällen wurden im Gesamtjahr 2019 (bitte nach Monaten auflisten und Gesamtzahlen nennen) mobile Datenträger von Asylsuchenden ausgelesen und ein Ergebnisprotokoll erstellt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten)?

Im Gesamtjahr 2019 wurden insgesamt 10.116 Datenträger von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren ausgelesen. Differenzierte Angaben nach Monaten und den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Monat	Anzahl an Datenträgern*
Januar 2019	1.170
Februar 2019	1.041
März 2019	984
April 2019	817
Mai 2019	842
Juni 2019	571
Juli 2019	844
August 2019	699
September 2019	724
Oktober 2019	838
November 2019	804
Dezember 2019	782

* Durch nachträgliche Änderungen im Erfassungssystem, wie z. B. die Einreichung von Pass/Passersatz-Dokumenten, kann es zu Abweichungen der Daten im Vergleich zu vorherigen Angaben kommen. Es werden diejenigen Fälle ausgewertet, bei denen aus Prozesssicht alle erforderlichen Angaben im Kerndatensystem korrekt und valide hinterlegt sind.

Staatsangehörigkeit	Jan 19	Feb 19	Mrz 19	Apr 19	Mai 19	Jun 19
Syrien	74	52	62	46	55	39
Irak	91	61	59	56	61	36
Türkei	35	37	21	38	29	27
Afghanistan	109	67	80	81	105	94
Iran	77	51	42	44	59	34
Nigeria	277	322	308	206	227	87
Moldau (Republik)	2	2	0	2	1	4
Russische Föderation	23	13	16	11	12	12
Somalia	32	37	27	31	18	20
Georgien	42	26	26	19	22	12
Gesamtzahl	762	668	641	534	589	365

Staatsangehörigkeit	Jul 19	Aug 19	Sep 19	Okt 19	Nov 19	Dez 19	Gesamt
Syrien	87	84	69	78	74	87	807
Irak	58	63	73	82	90	95	825
Türkei	44	38	44	46	42	49	450
Afghanistan	101	112	115	124	103	110	1.201
Iran	53	57	57	54	47	41	616
Nigeria	135	57	42	58	53	44	1.816
Moldau (Republik)	4	0	9	5	13	15	57
Russische Föderation	11	14	20	16	12	9	169
Somalia	27	27	35	37	28	30	349
Georgien	29	12	10	31	25	36	290
Gesamtzahl	549	464	474	531	487	516	6.580

- a) Zu welchem Anteil verfügten 2019 Asylsuchende, deren Identität bzw. Herkunft nach Auffassung des BAMF nicht hinreichend sicher durch Dokumente geklärt werden konnte, über mobile Datenträgergeräte, zu welchem Anteil konnten diese technisch ausgelesen werden, und in wie vielen Fällen erfolgte bislang eine Auslesung erst nach behördlichen Androhungen oder durch Zwang bzw. gegen den Willen der Betroffenen (bitte so konkret wie möglich antworten)?

Im Gesamtjahr 2019 gaben ca. 40 Prozent der persönlichen Erstantragsteller ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren an, dass sie über ein Datenträger-Gerät verfügen. Zu einem Anteil von ca. 77 Prozent konnten die Datenträger-Geräte technisch ausgelesen werden. Asylbewerber werden unter Hinweis auf ihre Mitwirkungspflichten aufgefordert, vorhandene Datenträger herauszugeben. Zwangsmaßnahmen wurden bisher nicht angedroht oder durchgeführt.

- b) In wie vielen der Fälle, in denen eine Datenauslesung 2019 erfolgte und ein Ergebnisreport erstellt wurde, wurde dieser für das Asylverfahren durch die jeweiligen Entscheider angefordert, in wie vielen dieser Fälle wurde diesem Antrag nach entsprechender Prüfung durch einen Volljuristen entsprochen bzw. erfolgte eine Ablehnung (bitte so differenziert wie möglich und in absoluten und relativen Zahlen antworten)?

Im Gesamtjahr 2019 wurden zu den insgesamt 10.116 ausgelesenen Datenträgern von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren 4.582 Datenträger-Auswertungsanträge gestellt. Davon wurden bisher 3.436 Datenträger-Auswertungen freigegeben. Die individuellen Gründe für entsprechende Ablehnungen werden statistisch nicht erfasst.

- c) In wie vielen dieser Fälle, in denen der Ergebnisreport der Datenauslesung für das Asylverfahren verwandt wurde, hat dieser dazu geführt oder maßgeblich dazu beigetragen, Angaben der Asylsuchenden zu ihrer Herkunft bzw. Identität bzw. Staatsangehörigkeit zu widerlegen bzw. zu bestätigen (bitte ausführen und in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?

Im Gesamtjahr 2019 führte die Ergebnisdokumentation der Datenträger von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren dazu, dass bei ungefähr 40 Prozent die Identität der Antragsteller bestätigt und bei ungefähr zwei Prozent die Identität widerlegt werden konnte. In ca. 58 Prozent der Fälle konnten keine verwertbaren Erkenntnisse aus der Ergebnisdokumentation gewonnen werden.

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 waren für die 3.436 freigegebenen Datenträger-Auswertungen insgesamt 2.399 Ergebnisdokumentationen hinter-

legt. Die Anzahl der Ergebnisdokumentation wird als Bezugsgröße für die oben genannten Prozentsätze herangezogen. Daraus ergibt sich die folgende Darstellung (Gesamt 2.399):

- in 40 Prozent (966) Identität der Antragssteller bestätigt,
- in 2 Prozent (52) Identität widerlegt,
- in 58 Prozent (1.381) keine verwertbaren Erkenntnisse.

- d) Welche gerichtlichen Entscheidungen zur Auswertung mobiler Datenträger durch das BAMF sind inzwischen ergangen (bitte etwaige Entscheidungen bzw. Verfahren konkret benennen und kurz darstellen), und welche Konsequenzen für die Praxis des BAMF wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte darstellen)?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 6d der Kleinen Anfrage „Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2019“ der Fraktion DIE LINKE. vom 11. Oktober 2019 auf Bundestagsdrucksache 19/13945 verwiesen.

- e) Inwieweit ist eine Evaluierung der Datenauslesung im BAMF hinsichtlich der grundrechtlichen Einschränkungen, der Verhältnismäßigkeit, des praktischen Nutzens und der Kosten der Maßnahme geplant oder bereits erfolgt (bitte darstellen), und inwieweit wird dabei auch die Studie „Das Smartphone, bitte! Digitalisierung von Migrationskontrolle in Deutschland und Europa“ (<https://freiheitsrechte.org/studie-handlydatenauswertung/>) berücksichtigt, wonach diese Datenauswertung im Ergebnis umfangreicher Forschungen und Gespräche teuer, unzuverlässig und gefährlich sei (bitte ausführen)?

Das BAMF bewertet Fragen der grundrechtlichen Einschränkung und die damit einhergehende Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen stets im Einzelfall und berücksichtigt Kostenaspekte. Die genannte Studie hat das BAMF zur Kenntnis genommen. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 6e der Kleinen Anfrage „Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2019“ der Fraktion DIE LINKE. vom 11. Oktober 2019 auf Bundestagsdrucksache 19/13945 verwiesen.

10. Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder von Asylsuchenden gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im vierten Quartal 2019 bei 57,5 Prozent, bei Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 38,3 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 57,6 Prozent. Der Anteil des Gesamtschutzes unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im vierten Quartal 2019 bei 66,7 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 43,4 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 74,4 Prozent.

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2019 bei 56,1 Prozent, bei Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 43,8 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 57,2 Prozent. Der Anteil des Gesamtschutzes unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2019 bei 63,2 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 49,8 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 72,2 Prozent.

Die weiteren Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben:

		4. Quartal 2019	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		31.566	
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	15.469	49,0 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	14.385	45,6 %
	unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	150	0,5 %
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	1.734	5,5 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	1.084	3,4 %
	unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	403	1,3 %
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	11	0,0 %

		Jahr 2019	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		142.509	
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	71.421	50,1 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	66.276	46,5 %
	unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	674	0,5 %
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	8.998	6,3 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	5.145	3,6 %
	unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	1.958	1,4 %
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	49	0,0 %

11. Wie viele der Asylsuchenden im Gesamtjahr 2019 waren sogenannte Nachgeborene, d. h. hier geborene Kinder von Asylsuchenden oder Flüchtlingen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), welche zumindest ungefähren Einschätzungen können fachkundige Bedienstete des BAMF dazu machen, wie viele dieser Kinder von Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen, abgelehnten Asylsuchenden mit einer Duldung oder einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG abstammen – und werden all diese Kinder in der Statistik der „nachgeborenen“ Asylsuchenden erfasst (bitte ausführen)?

Auf welchen Wegen und von wem erfährt das BAMF, wenn Asylsuchende, Geduldete oder Menschen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG ein Kind in Deutschland bekommen, für das nach § 14a Absatz 2 Satz 3 AsylG mit der entsprechenden Mitteilung über die Geburt ein Asylantrag als gestellt gilt (bitte ausführen)?

31.417 Asylsuchende im Gesamtjahr 2019 waren so genannte „Nachgeborene“, d. h. in Deutschland geborene Kinder (und zum Zeitpunkt der Asylantragstellung unter einem Jahr alt), davon 2.567 Kinder von Asylsuchenden und 10.319 von anerkannten Flüchtlingen (Artikel 16a Grundgesetz und § 3 Absatz 1 AsylG). Zum Aufenthaltsstatus der Eltern liegen keine Informationen vor, so dass keine Angaben über abgelehnte Asylsuchende mit einer Duldung oder einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG gemacht werden können. Weitere Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr 2019	Absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Gesamt	31.417	22,0 %
darunter:		
Syrien	12.819	32,6 %
Irak	2.848	20,7 %
Türkei	509	4,7 %
Afghanistan	2.398	25,2 %
Nigeria	2.869	31,6 %
Iran	629	7,5 %
Ungeklärt	1.097	29,4 %
Somalia	1.325	37,1 %
Eritrea	1.800	51,1 %
Georgien	191	5,7 %

In der Regel erhält das BAMF die Mitteilung über die Geburt eines in Deutschland geborenen Kindes durch die zuständige Ausländerbehörde. Diese ist neben dem Vertreter des Kindes nach § 14a Absatz 2 Satz 2 AsylG zur Anzeige verpflichtet und damit ebenfalls berechtigt.

12. Wie viele unbegleitete Minderjährige (d. h. unter 18-Jährige) haben im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 einen Asylerstantrag gestellt (bitte aufgliedern nach wichtigsten Herkunftsländern und Bundesländern), und welche Asylerentscheidungen ergingen bei unbegleiteten Minderjährigen im genannten Zeitraum (bitte nach verschiedenen Schutzstatus und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2019	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Herkunftsländer gesamt	553
darunter	
Afghanistan	149
Syrien	76
Guinea	61
Somalia	42
Irak	40
Iran	26
Eritrea	18
Gambia	17
Türkei	13
Albanien	11
Pakistan	9
Äthiopien	8
Angola	7
Nigeria	7
Marokko	6

4. Quartal 2019	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Bundesländer gesamt	553
Baden-Württemberg	32
Bayern	89
Berlin	28
Brandenburg	15
Bremen	11
Hamburg	28
Hessen	58
Mecklenburg-Vorpommern	7
Niedersachsen	52
Nordrhein-Westfalen	139
Rheinland-Pfalz	25
Saarland	4
Sachsen	14
Sachsen-Anhalt	20
Schleswig-Holstein	20
Thüringen	11

4. Quartal 2019	Entscheidungen über Erstanträge				
	Gesamt	Anerkennung als Asylbe- rechtigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 Abs. 1 AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Abschie- bungsverbot gem. § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG
Herkunftsländer gesamt	348	-	28	68	53
darunter					
Afghanistan	48	-	6	1	12
Syrien	59	-	2	50	-
Guinea	69	-	4	5	10
Somalia	34	-	6	2	6
Irak	26	-	-	-	6
Iran	18	-	5	1	-

4. Quartal 2019	Entscheidungen über Erstanträge				
	Gesamt	Anerkennung als Asylbe- rechtigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 Abs. 1 AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Abschie- bungsverbot gem. § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG
Herkunftsländer gesamt	348	-	28	68	53
darunter					
Eritrea	15	-	1	4	8
Gambia	1	-	-	-	1
Türkei	2	-	-	-	-
Albanien	8	-	-	-	-
Pakistan	3	-	-	-	-
Äthiopien	4	-	-	-	2
Angola	3	-	-	-	2
Nigeria	6	-	1	1	-
Marokko	5	-	-	1	-

Jahr 2019	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Herkunftsländer gesamt	2.632
darunter	
Guinea	477
Afghanistan	474
Syrien	327
Somalia	250
Irak	244
Iran	116
Eritrea	107
Gambia	76
Türkei	51
Nigeria	45
Albanien	36
Marokko	36
Pakistan	36
Angola	25
Ungeklärt	23

Jahr 2019	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Bundesländer gesamt	2.632
Baden-Württemberg	139
Bayern	394
Berlin	92
Brandenburg	46
Bremen	29
Hamburg	129
Hessen	259
Mecklenburg- Vorpommern	38
Niedersachsen	276
Nordrhein-Westfalen	701
Rheinland-Pfalz	156
Saarland	14
Sachsen	89

Jahr 2019	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Bundesländer gesamt	2.632
Sachsen-Anhalt	76
Schleswig-Holstein	121
Thüringen	73

Jahr 2019	Entscheidungen über Erstanträge				
	Gesamt	Anerkennung als Asylbe- rechtigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 Abs. 1 AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Abschie- bungsverbot gem. § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG
Herkunftsländer gesamt	2.013	1	222	365	372
darunter					
Guinea	348	-	35	14	52
Afghanistan	314	1	43	22	109
Syrien	276	-	24	227	3
Somalia	221	-	46	26	34
Irak	193	-	26	3	38
Iran	72	-	24	3	2
Eritrea	137	-	2	42	67
Gambia	39	-	1	-	10
Türkei	27	-	-	1	-
Nigeria	18	-	2	2	3
Albanien	40	-	-	-	-
Marokko	18	-	-	1	-
Pakistan	27	-	1	1	-
Angola	15	-	1	-	11
Ungeklärt	28	-	3	2	3

13. Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, und wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben für das vierte Quartal 2019 und das Gesamtjahr 2019 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (etwaige Differenzen zwischen der Zahl der festgestellten unbegleiteten Minderjährigen und den aufgeführten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, etwa der Übergabe an zur Abholung berechnigte Personen:

4. Quartal 2019	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	Davon zurückgewiesen	Davon zurückgeschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Gesamt	357	59	12	228
Grenze zu				
Österreich	111	54	-	46
Frankreich	74	1	4	56
Belgien	48	-	-	47
Schweiz	24	-	1	18
Dänemark	21	-	-	15
Tschechien	15	1	-	11
ungeklärt	15	-	-	12

4. Quartal 2019	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	Davon zurückgewiesen	Davon zurückgeschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Gesamt	357	59	12	228
Grenze zu				
Niederlande	12	-	5	5
Luxemburg	5	-	1	2
Polen	4	-	1	1
Flughäfen	23	3	-	10
Seehäfen	5	-	-	5
Staatsangehörigkeit (Top-5)				
afghanisch	92	34	-	46
marokkanisch	48	1	4	38
algerisch	35	2	2	24
guineisch	23	-	1	18
syrisch	17	3	-	13

Jahr 2019	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	Davon zurückgewiesen	Davon zurückgeschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Gesamt	1.553	246	32	994
Grenze zu				
Österreich	536	230	3	232
Frankreich	302	1	8	237
Belgien	247	-	4	226
Schweiz	100	-	3	70
Dänemark	69	-	-	56
Tschechien	53	1	-	35
Niederlande	41	-	10	25
ungeklärt	36	-	-	32
Polen	22	-	2	9
Luxemburg	13	-	1	9
Flughäfen	113	14	-	43
Seehäfen	21	-	1	20
Staatsangehörigkeit (Top-5)				
afghanisch	486	171	3	260
guineisch	176	1	3	151
marokkanisch	171	1	8	144
algerisch	101	6	4	72
somalisch	61	2	1	45

14. Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2019	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	10.517	3.303	31,4 %
darunter:			
Syrien	10	2	20,0 %
Irak	1.145	130	11,4 %
Türkei	1.055	149	14,1 %
Afghanistan	573	30	5,2 %

4. Quartal 2019	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen insgesamt
insgesamt	10.517	3.303	31,4 %
darunter:			
Iran	1.059	69	6,5 %
Nigeria	966	167	17,3 %
Ungeklärt	174	94	54,0 %
Eritrea	85	3	3,5 %
Georgien	483	343	71,0 %
Somalia	150	9	6,0 %
Russische Föderation	453	59	13,0 %
Moldau (Republik)	262	159	60,7 %
Pakistan	256	54	21,1 %
Albanien	303	290	95,7 %
Guinea	269	52	19,3 %

Jahr 2019	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen insgesamt
insgesamt	54.034	15.626	28,9 %
darunter:			
Syrien	57	7	12,3 %
Irak	5.761	404	7,0 %
Türkei	4.435	466	10,5 %
Afghanistan	2.688	99	3,7 %
Nigeria	5.480	888	16,2 %
Iran	5.334	233	4,4 %
Ungeklärt	876	339	38,7 %
Somalia	997	50	5,0 %
Eritrea	376	10	2,7 %
Georgien	2.827	1.807	63,9 %
Russische Föderation	2.301	249	10,8 %
Guinea	1.633	376	23,0 %
Pakistan	1.472	288	19,6 %
Moldau (Republik)	1.324	790	59,7 %
Albanien	1.503	1.465	97,5 %

15. Wie viele sogenannte Flughafenverfahren wurden im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der Minderjährigen, der unbegleiteten Minderjährigen und zu den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen; bitte rückwirkend auch die Zahl der Minderjährigen im Flughafenverfahren für die Jahre ab 2010 angeben, nach Jahren differenziert)?

Im Berichtszeitraum gab es keine Flughafenverfahren für unbegleitete Minderjährige. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2019		Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung			
Herkunftsland	Aktenanlage	dar: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Abs. 6 AsylG	offens. unbegründet	eingestellt
	115	25	53	58	-
darunter					
Syrien	19	8	15	-	-
Irak	4	-	-	3	-
Türkei	8	2	1	6	-
Afghanistan	2	2	1	-	-
Iran	32	4	16	17	-
Nigeria	-	-	-	-	-
Ungeklärt	-	-	-	-	-
Eritrea	-	-	-	-	-
Georgien	-	-	-	-	-
Somalia	4	-	1	2	-

4. Quartal 2019		Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung			
Flughafen	Aktenanlage	dar: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Abs. 6 AsylG	offens. unbegründet	eingestellt
	115	25	53	58	-
darunter					
Flughafen Berlin	6		1	1	-
Flughafen Frankfurt	89	20	52	38	-
Flughafen Hamburg	3		-	5	-
Flughafen München	17	5	-	14	-

Jahr 2019		Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung			
Herkunftsland	Aktenanlage	dar: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Abs. 6 AsylG	offens. unbegründet	eingestellt
	489	86	207	231	-
darunter					
Syrien	43	11	33	-	-
Irak	20	2	1	16	-
Türkei	28	6	9	16	-
Afghanistan	25	3	18	4	-
Nigeria	3	-	-	2	-
Iran	128	20	55	66	-
Ungeklärt	6	1	4	-	-

Jahr 2019				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	Aktenanlage	dar: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Abs. 6 AsylG	offens. unbegründet	eingestellt
	489	86	207	231	-
darunter					
Somalia	15	2	8	5	-
Eritrea	1	-	1	-	-
Georgien	-	-	-	-	-

Jahr 2019				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	dar: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Abs. 6 AsylG	offens. unbegründet	eingestellt
	489	86	207	231	-
darunter					
Flughafen Berlin	19	2	4	9	-
Flughafen Frankfurt	395	72	203	175	-
Flughafen Hamburg	12	-	-	8	-
Flughafen München	63	12	-	39	-

Zeitraum	Aktenanlage	
	insgesamt	dar: Personen unter 18 Jahren
2010	735	219
2011	819	256
2012	787	212
2013	972	232
2014	643	164
2015	627	170
2016	273	52
2017	444	105
2018	564	121
2019	489	86

16. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das Jahr 2019 (soweit vorliegend; bitte jeweils in der Differenzierung wie in der Antwort zu Frage 16 auf Bundestagsdrucksache 19/8701 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung; neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Georgien, Armenien und Türkei machen – aus Gründen der Übersichtlichkeit und wegen geringer Fallzahlen in den weiteren Instanzen sind Angaben zur ersten Instanz ausreichend)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Erst- und Folgeanträge											
Jahr 2019	Klagen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flücht- lingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungs- verbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserle- digungen (z. B. Rücknahmen)		
							absolut	An- teil	absolut	An- teil	
Staatsangehörig- keiten gesamt	98.931	152.604	285	8.671	2.484	10.862	62.022	40,6 %	68.280	44,7 %	252.250
darunter											
Nigeria	12.198	10.705	8	70	12	447	3.532	33,0 %	6.636	62,0 %	19.348
Syrien,	11.444	19.332	3	2.648	24	1.258	8.345	43,2 %	7.054	36,5 %	27.070
Irak	11.002	16.789	6	647	628	1.114	8.182	48,7 %	6.212	37,0 %	29.340
Iran	8.106	7.290	36	1.377	36	96	2.522	34,6 %	3.223	44,2 %	17.613
Afghanistan	6.989	25.379	3	1.603	1.006	6.037	9.103	35,9 %	7.627	30,1 %	43.155
Türkei	5.076	4.146	82	279	10	35	1.783	43,0 %	1.957	47,2 %	10.333
Russische Föd.	4.720	6.927	33	188	64	159	2.915	42,1 %	3.568	51,5 %	14.302
Somalia	2.816	3.886	-	144	232	260	795	20,5 %	2.455	63,2 %	6.820
Pakistan	2.752	6.409	10	688	18	80	3.350	52,3 %	2.263	35,3 %	9.214
Georgien	2.740	3.143	-	3	7	17	1.512	48,1 %	1.604	51,0 %	3.803
Guinea	2.460	2.927	1	19	4	50	1.250	42,7 %	1.603	54,8 %	4.633
Aserbaidshjan	1.898	2.889	6	33	10	71	1.480	51,2 %	1.289	44,6 %	4.539
Ungeklärt	1.743	2.730	-	175	49	141	982	36,0 %	1.383	50,7 %	4.829
Moldau, Rep.	1.453	1.334	-	-	2	1	407	30,5 %	924	69,3 %	763
Eritrea	1.390	2.315	1	157	93	72	478	20,6 %	1.514	65,4 %	3.336
Marokko	625	763	2	12	-	14	245	32,1 %	490	64,2 %	902
Tunesien	307	347	1	8	1	5	84	24,2 %	248	71,5 %	428
Algerien	606	831	-	5	2	11	253	30,4 %	560	67,4 %	829
Armenien	1.375	3.535	4	7	14	135	1.721	48,7 %	1.654	46,8 %	4.622
Albanien	1.138	1.673	-	1	5	41	415	24,8 %	1.211	72,4 %	1.947
Serbien	1.028	1.324	-	4	-	20	307	23,2 %	993	75,0 %	1.529

Erst- und Folgeanträge												
Jahr 2019	Klagen	Gerichtssentscheidungen									anhängige Rechtsmittel	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flücht- lingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungs- verbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserle- digungen (z. B. Rücknahmen)			
							absolut	An- teil	absolut	An- teil		
Staatsangehörig- keiten gesamt	98.931	152.604	285	8.671	2.484	10.862	62.022	40,6		68.280	44,7	252.250
darunter												
Nordmazedonien	927	1.296	-	1	-	23	260	20,1		1.012	78,1	1.164
Kosovo	455	1.013	-	-	5	40	272	26,9		696	68,7	1.103
Ghana	706	1.047	-	-	-	26	329	31,4		692	66,1	1.117
Bosn-Herzeg.	213	288	-	-	-	12	52	18,1		224	77,8	431
Senegal	278	357	-	2	-	6	111	31,1		238	66,7	414
Montenegro	105	181	-	-	-	1	24	13,3		156	86,2	152

Widerrufsverfahren											
Jahr 2019	Klagen	Gerichtssentscheidungen								anhängige Rechtsmittel	
		Gesamt	Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigun- gen (z. B. Rücknahmen)				
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil			
Staatsangehörigkeiten gesamt	2.146	422	153	36,3 %	29	6,9 %	240	56,9 %		2.369	
darunter											
Afghanistan	508	87	27	31,0 %	3	3,4 %	57	65,5 %		521	
Irak	503	74	27	36,5 %	2	2,7 %	45	60,8 %		555	
Syrien	321	105	26	24,8 %	15	14,3 %	64	61,0 %		353	
Russische Föderation	83	17	7	41,2 %	-	0,0 %	10	58,8 %		107	
Türkei	65	24	16	66,7 %	1	4,2 %	7	29,2 %		82	
Ungeklärt	63	28	8	28,6 %	4	14,3 %	16	57,1 %		74	
Serbien	49	3	-	0,0 %	1	33,3 %	2	66,7 %		53	
Armenien	42	5	2	40,0 %	-	0,0 %	3	60,0 %		47	
Iran	42	12	7	58,3 %	-	0,0 %	5	41,7 %		45	
Eritrea	40	2	-	0,0 %	-	0,0 %	2	100,0 %		46	
Libanon	38	8	6	75,0 %	1	12,5 %	1	12,5 %		38	
Kosovo	34	9	4	44,4 %	-	0,0 %	5	55,6 %		36	
Sri Lanka	32	4	2	50,0 %	-	0,0 %	2	50,0 %		37	
Nigeria	30	2	2	100,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %		36	
Somalia	30	6	2	33,3 %	1	16,7 %	3	50,0 %		36	
Marokko	5	1	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %		8	
Tunesien	4	2	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,0 %		3	
Algerien	5	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %		7	
Georgien	4	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %		6	
Albanien	11	2	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,0 %		12	
Nordmazedonien	16	3	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,0 %		16	
Ghana	2	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %		5	

Widerrufsverfahren									
Jahr 2019	Klagen	Gerichtsentscheidungen							anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigun- gen (z. B. Rücknahmen)		
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	2.146	422	153	36,3 %	29	6,9 %	240	56,9 %	2.369
darunter									
Bosnien und Herzeg.	3	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	5
Senegal	3	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	3
Montenegro	2	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
Jahr 2019	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
	17,6	13,2

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren

Jahr 2019	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	12.895	3.455	16.350
darunter:			
Nigeria	2.738	1.117	3.855
Iran	1.120	465	1.585
Irak	1.175	353	1.528
Russische Föderation	956	115	1.071
Afghanistan	753	175	928
Guinea	580	121	701
Syrien	438	110	548
Somalia	351	94	445
Aserbaidshon	337	97	434
Gambia	373	38	411
Pakistan	330	72	402
Eritrea	242	102	344
Türkei	271	54	325
Armenien	207	49	256
Ungeklärt	176	74	250
Algerien	136	9	145
Marokko	87	9	96
Georgien	96	1	97
Tunesien	54	7	61
Albanien	46	2	48
Serbien	44	0	44
Nordmazedonien	37	0	37
Kosovo	40	3	43
Ghana	191	38	229
Bosnien und Herzegowina	1	0	1
Senegal	88	8	96
Montenegro	5	1	6

Verfahrensdauer Eilanträge im Dublinverfahren (in Tagen)

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2019

	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	65,6	28,1	30,8
darunter:			
Nigeria	85,7	28,6	14,0
Iran	55,0	29,9	34,1
Irak	71,7	35,2	30,2
Russische Föderation	41,8	17,4	73,7
Afghanistan	64,9	25,8	21,0
Guinea	65,3	32,8	35,5
Syrien	70,7	23,4	40,2
Somalia	62,3	30,6	37,5
Aserbaidshon	64,2	39,7	18,7
Gambia	63,0	25,7	23,8
Pakistan	37,9	19,2	5,2
Eritrea	101,0	32,3	23,9
Türkei	52,2	26,0	18,0
Armenien	42,3	26,9	34,8
Ungeklärt	55,1	20,7	40,9
Algerien	44,0	83,3	3,0
Marokko	35,8	9,9	28,1
Georgien	36,8	3,5	43,0
Tunesien	86,7	36,0	0,0
Albanien	33,8	25,4	0,0
Serbien	19,5	0,0	0,0
Nordmazedonien	0,0	0,0	0,0
Kosovo	42,8	23,6	71,0
Ghana	53,5	20,3	177,0
Bosnien und Herzegowina	20,0	0,0	0,0
Senegal	58,7	8,7	28,7
Montenegro	10,5	0,0	0,0

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt

Zeitraum: 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019

Jahr 2019	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	33.590	7.768	41.358
darunter:			
Nigeria	4.902	1.609	6.511
Irak	2.356	781	3.137
Iran	2.017	699	2.716
Afghanistan	1.821	671	2.492
Syrien	1.686	536	2.222
Russische Föderation	1.807	286	2.093
Georgien	1.628	115	1.743
Guinea	1.063	200	1.263
Türkei	851	273	1.124
Pakistan	940	181	1.121
Somalia	807	269	1.076

Jahr 2019	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Aserbaidtschan	860	209	1.069
Albanien	1.005	49	1.054
Armenien	886	145	1.031
Gambia	814	125	939
Algerien	333	32	365
Marokko	333	37	370
Tunesien	139	21	160
Serbien	792	54	846
Nordmazedonien	718	47	765
Kosovo	393	31	424
Ghana	553	102	655
Bosnien und Herzegowina	164	9	173
Senegal	194	29	223
Montenegro	100	3	103

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt (in Tagen)

Zeitraum: 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019

	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	63,5	33,7	37,2
darunter:			
Nigeria	101,5	38,6	34,5
Irak	68,8	34,5	40,4
Iran	54,5	29,6	32,9
Afghanistan	58,6	33,4	43,2
Syrien	70,1	37,8	41,7
Russische Föderation	54,2	32,0	42,4
Georgien	30,5	19,0	32,9
Guinea	66,8	36,3	36,3
Türkei	50,2	25,3	35,5
Pakistan	50,7	45,2	50,4
Somalia	59,1	32,5	31,9
Aserbaidtschan	46,7	41,0	23,7
Albanien	44,5	20,5	29,5
Armenien	35,7	25,3	34,1
Gambia	94,3	40,8	69,4
Algerien	50,2	65,4	32,0
Marokko	34,3	12,7	28,5
Tunesien	73,3	40,6	46,0
Serbien	47,5	45,5	24,2
Nordmazedonien	42,7	49,1	44,5
Kosovo	58,2	54,7	66,0
Ghana	55,2	25,1	41,2
Bosnien und Herzegowina	52,6	31,8	34,9
Senegal	68,3	57,5	60,3
Montenegro	25,5	64,3	17,5

- a) Wie viele Rechtsmittel sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte oder Personen mit nationalem Abschiebungsschutz (bitte differenzieren) auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im Jahr 2019 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte ebenfalls nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; Angaben zur ersten Instanz sind ausreichend)?

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Asylanträge waren zum Stichtag 31. Dezember 2019 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 31.12. 2019	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	20.549
darunter:	
Syrien	15.399
Irak	1.887
Eritrea	872
Ungeklärt	664
Afghanistan	458
Staatenlos	255
Jemen	300
Somalia	170
Sudan	83
Iran	75

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 31.12.2019	
nach Bundesländern	Klagen
Gesamt	20.549
Baden-Württemberg	2.733
Bayern	1.953
Berlin	1.980
Brandenburg	1.497
Bremen	167
Hamburg	394
Hessen	3.528
Mecklenburg-Vorpommern	108
Niedersachsen	2.519
Nordrhein-Westfalen	4.330
Rheinland-Pfalz	137
Saarland	75
Sachsen	259
Sachsen-Anhalt	311
Schleswig-Holstein	378
Thüringen	180

Die folgenden Klagen gegen die Feststellung eines Abschiebungsverbotes waren zum Stichtag 31. Dezember 2019 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 31.12.2019	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	6.214
darunter:	
Afghanistan	3.369
Irak	898
Somalia	331
Eritrea	314
Syrien	292
Nigeria	175
Äthiopien	114
Ungeklärt	91
Iran	61
Pakistan	56

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 31.12.2019	
nach Bundesländern	Klagen
Gesamt	6.214
Baden-Württemberg	1.012
Bayern	422
Berlin	342
Brandenburg	252
Bremen	105
Hamburg	99
Hessen	1.189
Mecklenburg-Vorpommern	44
Niedersachsen	894
Nordrhein-Westfalen	1.372
Rheinland-Pfalz	75
Saarland	14
Sachsen	97
Sachsen-Anhalt	74
Schleswig-Holstein	161
Thüringen	62

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Verfahren wurden wie folgt entschieden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Abs. 1 AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2019	18.433	3	3.142	15.288
darunter				
Syrien	13.937	3	2.564	11.370
Irak	1.797		102	1.695
Ungeklärt	782		143	639
Eritrea	674		103	571
Afghanistan	309		35	274
Staatenlos	228		101	127
Somalia	184		24	160

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Abs. 1 AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2019	18.433	3	3.142	15.288
darunter				
Jemen	152		16	136
sonst. asiat. Staatsangeh.	92		16	76
Iran	61		10	51

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Abs. 1 AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2019	18.433	3	3.142	15.288
Baden-Württemberg	2.244		501	1.743
Bayern	1.190		261	929
Berlin	2.153		55	2.098
Brandenburg	257		9	248
Bremen	71		7	64
Hamburg	602		22	580
Hessen	2.798	1	997	1.800
Mecklenburg-Vorpommern	184		20	164
Niedersachsen	1.962		188	1.774
Nordrhein-Westfalen	4.977	1	728	4.248
Rheinland-Pfalz	241		34	207
Saarland	67		3	64
Sachsen	425	1	101	323
Sachsen-Anhalt	253		93	160
Schleswig-Holstein	646		54	592
Thüringen	363		69	294

Die folgenden Klagen gegen Feststellung eines Abschiebungsverbot wurden wie folgt entschieden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Abs. 1 AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2019	4.346	1	313	244	3.788
darunter					
Afghanistan	2.495	1	188	111	2.195
Irak	514		36	22	456
Somalia	331		22	63	246
Syrien	225		14	2	209
Eritrea	146		10	31	105
Nigeria	139		4	1	134
Äthiopien	76		5		71
Ungeklärt	38		1	4	33
Guinea	36		3		33
Iran	35		3	1	31

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2019	4.346	1	313	244	3.788
Baden-Württemberg	650		41	24	585
Bayern	405		22	6	377
Berlin	228		20	18	190
Brandenburg	58				58
Bremen	77		9	15	53
Hamburg	117		13	14	90
Hessen	666		40	66	560
Mecklenburg-Vorpommern	34		3	2	29
Niedersachsen	386		27	15	344
Nordrhein-Westfalen	976	1	75	41	859
Rheinland-Pfalz	273		24	21	228
Saarland	16		2		14
Sachsen	145		22	11	112
Sachsen-Anhalt	96		8	9	79
Schleswig-Holstein	120		5	1	114
Thüringen	99		2	1	96

- b) Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im Jahr 2019 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf Ablehnungen gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den für sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich differenzieren nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig bzw. Dublin-Bescheid)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt			davon Entscheidung "abgelehnt"			davon Entscheidung "o. u. abgelehnt"			davon Entscheidung "Unzulässig"		
		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil
Gesamt	183.954	90.999	49,5 %	38.408	34.763	90,5 %	15.626	9.287	59,4 %	55.920	41.901	74,9 %
darunter:												
Syrien	45.838	10.653	23,2 %	50	41	82,0 %	7	5	71,4 %	7.108	6.375	89,7 %
Irak	17.694	10.172	57,5 %	5.357	4.855	90,6 %	404	302	74,8 %	5.571	4.728	84,9 %
Nigeria	13.567	11.094	81,8 %	4.592	4.234	92,2 %	888	722	81,3 %	6.929	6.131	88,5 %
Afghanistan	12.109	6.450	53,3 %	2.589	2.390	92,3 %	99	66	66,7 %	4.751	3.758	79,1 %
Türkei	10.426	4.872	46,7 %	3.969	3.765	94,9 %	466	385	82,6 %	873	695	79,6 %
Iran	10.356	7.417	71,6 %	5.101	4.932	96,7 %	233	217	93,1 %	2.843	2.298	80,8 %
Russ. Föd.	5.570	4.199	75,4 %	2.052	1.854	90,4 %	249	157	63,1 %	2.893	2.326	80,4 %
Somalia	5.365	2.483	46,3 %	947	862	91,0 %	50	37	74,0 %	2.088	1.562	74,8 %
Ungeklärt	4.707	1.605	34,1 %	537	441	82,1 %	339	195	57,5 %	1.142	868	76,0 %
Eritrea	4.570	1.219	26,7 %	366	325	88,8 %	10	7	70,0 %	804	616	76,6 %
Georgien	3.775	2.657	70,4 %	1.020	887	87,0 %	1.807	1.322	73,2 %	703	429	61,0 %
Pakistan	3.637	2.529	69,5 %	1.184	1.054	89,0 %	288	228	79,2 %	1.895	1.279	67,5 %
Guinea	3.389	2.207	65,1 %	1.257	1.138	90,5 %	376	296	78,7 %	1.140	798	70,0 %
Serbien	2.718	973	35,8 %	32	14	43,8 %	1.095	425	38,8 %	1.420	549	38,7 %
Moldau (Rep.)	2.600	1.448	55,7 %	534	387	72,5 %	790	541	68,5 %	1.093	514	47,0 %

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt			davon Entscheidung "abgelehnt"			davon Entscheidung "o.u. abgelehnt"			davon Entscheidung "Unzulässig"		
		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil
Jahr 2019												
Gesamt	183.954	90.999	49,5 %	38.408	34.763	90,5 %	15.626	9.287	59,4 %	55.920	41.901	74,9 %
darunter:												
Albanien	2.600	1.072	41,2 %	38	31	81,6 %	1.465	691	47,2 %	897	337	37,6 %
Bosnien und Herzegowina	664	215	32,4 %	3	2	66,7 %	298	107	35,9 %	314	112	35,7 %
Ghana	1.065	635	59,6 %	14	9	64,3 %	500	316	63,2 %	439	305	69,5 %
Kosovo	955	430	45,0 %	6	5	83,3 %	390	187	47,9 %	494	230	46,6 %
Nordmazedonien	2.359	873	37,0 %	18	15	83,3 %	1.093	440	40,3 %	1.061	432	40,7 %
Montenegro	218	105	48,2 %	0	0	0,0 %	95	35	36,8 %	116	73	62,9 %
Senegal	411	245	59,6 %	4	3	75,0 %	144	102	70,8 %	243	142	58,4 %

c) Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-)Verwaltungsgerichten?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Gericht Stand: 31.12.2019	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	254.044
Bundesverwaltungsgericht	28
VGH Baden-Württemberg	88
VG Freiburg	8.878
VG Karlsruhe	10.316
VG Sigmaringen	8.020
VG Stuttgart	12.903
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	237
VG Ansbach	7.282
VG Augsburg	2.331
VG Bayreuth	2.801
VG München	15.028
VG Regensburg	5.163
VG Würzburg	1.604
Bayerischer VGH - Außenstelle Ansbach	447
OVG Berlin-Brandenburg	118
VG Berlin	15.358
VG Cottbus	3.485
VG Frankfurt / Oder	3.938
VG Potsdam	7.009
OVG der Freien Hansestadt Bremen	7
VG Bremen	1.874
Hamburgisches Oberverwaltungsgericht	12
VG Hamburg	5.800
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	120
VG Darmstadt	6.179
VG Frankfurt/Main	4.587
VG Kassel	4.749
VG Wiesbaden	5.028
VG Gießen	6.904
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	248

Gericht Stand: 31.12.2019	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	254.044
VG Braunschweig	3.513
VG Hannover	7.641
VG Oldenburg	4.694
VG Osnabrück	3.994
VG Stade	3.247
VG Lüneburg	2.113
VG Göttingen	1.785
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	151
VG Aachen	5.313
VG Arnberg	8.773
VG Düsseldorf	9.883
VG Gelsenkirchen	7.933
VG Köln	9.464
VG Minden	6.075
VG Münster	5.187
OVG Rheinland-Pfalz	59
VG Trier	5.782
OVG des Saarlands	12
VG des Saarlandes	589
Schleswig-Holsteinisches OVG	69
VG Schleswig-Holstein	8.432
OVG Sachsen-Anhalt	10
VG Magdeburg	2.218
VG Halle	1.134
Thüringer Oberverwaltungsgericht	10
VG Gera	421
VG Meiningen	2.067
VG Weimar	1.337
Sächsisches Oberverwaltungsgericht	86
VG Chemnitz	4.352
VG Dresden	2.835
VG Leipzig	1.966
OVG Mecklenburg-Vorpommern	92
VG Greifswald	1.044
VG Schwerin	1.221

- d) Welche Entscheidungen wurden in Asylgerichtsverfahren im Jahr 2019 (soweit vorliegend) getroffen, differenziert nach Bundesländern, wichtigsten Herkunftsstaaten und erster bzw. zweiter Instanz?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

01.01. – 31.12. 2019	Gerichtsentscheidungen								anhängige Rechts- mittel
	Eingelegt	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(Flüchtlings- schutz gem. § 3 Abs. 1 AsylG	subsidiä- rer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Abschie- bungsverbot	Ablehnun- gen	sonst. Verfah- renserledigun- gen (z. B. Rücknahmen)	
Staatsangehörigkeiten gesamt	101.067	154.479	285	8.688	2.486	10.894	63.477	68.649	254.044
darunter									
Syrien	12.824	20.825	3	2.663	24	1.261	9.695	7.179	28.078
Irak	11.094	16.826	6	647	628	1.115	8.206	6.224	29.423
Türkei	5.078	4.147	82	279	10	35	1.784	1.957	10.337
Afghanistan	7.100	25.534	3	1.603	1.006	6.059	9.111	7.752	43.253
Nigeria	12.233	10.711	8	70	12	447	3.532	6.642	19.379
Iran	8.129	7.300	36	1.377	36	96	2.527	3.228	17.638
Ungeklärt	1.774	2.743	-	176	49	141	988	1.389	4.874
Somalia	2.877	3.932	-	144	234	264	796	2.494	6.868
Eritrea	1.433	2.332	1	157	93	72	486	1.523	3.386
Georgien	2.740	3.147	-	3	7	17	1.516	1.604	3.803
Russische Föderation	4.765	6.939	33	188	64	159	2.925	3.570	14.361
Guinea	2.466	2.928	1	19	4	50	1.250	1.604	4.639
Pakistan	2.764	6.416	10	688	18	80	3.354	2.266	9.232
Moldau (Republik)	1.453	1.334	-	-	2	1	407	924	763
Albanien	1.138	1.674	-	1	5	41	415	1.212	1.947

01.01. – 31.12. 2019	Gerichtsentscheidungen								anhängige Rechtsmit- tel
	Eingelegt	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(Flüchtlings- schutz gem. § 3 Abs. 1 AsylG	subsidiä- rer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Abschiebungs- verbot	Ablehnungen	sonst. Verfah- renserledi- gungen (z. B. Rück- nahmen)	
Insgesamt	101.067	154.479	285	8.688	2.486	10.894	63.477	68.649	254.044
darunter									
1. Instanz	98.926	152.599	285	8.670	2.484	10.862	62.021	68.277	252.250
2. Instanz	2.125	1.846	-	18	2	29	1.448	349	1.766

01.01. – 31.12. 2019	Gerichtsentscheidungen								anhängige Rechtsmittel
	Eingelegt	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(Flüchtlings- schutz gem. § 3 Abs. 1 AsylG	subsidiä- rer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Abschie- bungsverbot	Ablehnungen	sonst. Verfah- renserledi- gungen (z. B. Rück- nahmen)	
BDL gesamt	101.067	154.479	285	8.688	2.486	10.894	63.477	68.649	254.044
darunter									
Baden-Württemberg	12.816	20.614	69	1.175	283	1.433	8.823	8.831	40.240
Bayern	16.611	24.430	11	635	180	1.090	11.008	11.506	34.696
Berlin	5.822	8.209	5	215	106	566	3.634	3.683	15.674
Brandenburg	3.149	3.266	2	128	9	95	867	2.165	14.182
Bremen	886	1.237	6	94	74	123	481	459	1.936
Hamburg	2.399	3.932	2	224	105	535	1.197	1.869	5.872

01.01. – 31.12. 2019	Gerichtsentscheidungen								anhängige Rechtsmittel
	Eingelegt	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(Flüchtlings- schutz gem. § 3 Abs. 1 AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Abschie- bungsverbot	Ablehnungen	sonst. Ver- fahrenserle- digungen (z. B. Rück- nahmen)	
BDL gesamt	101.067	154.479	285	8.688	2.486	10.894	63.477	68.649	254.044
darunter									
Hessen	7.642	12.873	15	1.655	348	1.201	3.918	5.736	27.477
Mecklenburg- Vorpommern	1.509	1.991	7	58	20	110	941	855	2.325
Niedersachsen	8.757	12.343	20	777	169	768	5.282	5.327	27.145
Nordrhein-Westfalen	21.390	35.862	87	2.053	637	2.505	15.604	14.976	53.134
Rheinland-Pfalz	4.256	7.769	27	676	131	513	3.349	3.073	5.875
Saarland	598	792	-	21	7	195	179	390	603
Sachsen	5.537	7.442	23	386	215	602	2.928	3.288	9.208
Sachsen-Anhalt	2.656	3.325	2	300	56	446	855	1.666	3.324
Schleswig-Holstein	4.312	6.779	3	140	67	547	2.958	3.064	8.518
Thüringen	2.704	3.604	6	151	79	165	1.451	1.752	3.805
unbekannt	23	11	-	-	-	-	2	9	30

- e) In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im Jahr 2019 doch noch einen Schutzstatus, und in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentscheidung, auf einer Abhilfeentscheidung bzw. geschah dies infolge eines Folgeantrags oder aus sonstigem Grunde (bitte differenzieren und zudem nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zeitraum: 01.01.– 31.12.2019			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Gesamt	26.012	22.181	3.831
davon			
Syrien	5.689	4.600	1.089
Irak	2.277	2.031	246
Türkei	555	347	208
Afghanistan	9.761	8.875	886
Nigeria	466	377	89
Iran	1.763	1.557	206
Ungeklärt	536	348	188
Somalia	598	505	93
Eritrea	298	236	62
Georgien	27	16	11
Russische Föderation	467	370	97
Guinea	95	57	38
Pakistan	923	794	129
Moldau (Republik)	10	4	6
Albanien	69	61	8

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen

Zeitraum: 01.01.– 31.12.2019	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	2.594
darunter	
Syrien	723
Irak	175
Türkei	72
Afghanistan	623
Nigeria	67
Iran	181
Ungeklärt	74
Somalia	142
Eritrea	123
Georgien	3
Russische Föderation	83
Guinea	20
Pakistan	21
Moldau (Republik)	1
Albanien	7

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen

Zeitraum: 01.01.– 31.12.2019	
HKL	Summe
Gesamt	2.650
darunter	
Syrien	7
Irak	10
Türkei	1
Afghanistan	45
Nigeria	22
Iran	1
Ungeklärt	1
Somalia	3
Eritrea	1
Georgien	2
Russische Föderation	5
Guinea	1
Pakistan	2
Moldau (Republik)	0

- f) Bei wie vielen der Klagen und Rechtsschutzanträge im Asylbereich im Jahr 2019 ging es um Dublin-Bescheide, bei wie vielen um Schutzgewährungen in einem anderen Mitgliedstaat (bitte differenzieren und zudem nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten), und wie wurden diese Verfahren im Jahr 2019 entschieden (bitte in absoluten und relativen Zahlen und so differenziert wie möglich angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Eingelegte Eilanträge zu Dublin-Bescheiden (inklusive Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG - Schutzgewährung in einem anderen MS)	
Zeitraum 01.01.2019-31.12.2019, Stand 19.02.2020	
Staatsangehörigkeit	
Gesamt	19.190
darunter:	
Nigeria	4.144
Irak	1.838
Syrien	1.789
Iran	1.577
Afghanistan	1.281
Russische Föderation	1.107
Somalia	678
Guinea	631
Aserbajdschan	454
Pakistan	431
Gambia	417
Eritrea	371
Türkei	350
Ungeklärt	340
Armenien	240

Entscheidungen in Eilverfahren zu Dublin-Bescheiden (inklusive Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG – Schutzgewährung in einem anderen MS)	
Zeitraum:01.01.-31.12.2019 (Stand: 15.02.2020)	
Staatsangehörigkeit	
Gesamt	19.068
darunter:	
Nigeria	4.029
Irak	1.907
Syrien	1.815
Iran	1.594
Afghanistan	1.266
Russische Föderation	1.087
Somalia	702
Guinea	671
Eritrea	437
Aserbajdschan	433
Gambia	427
Pakistan	421
Türkei	345
Ungeklärt	345
Armenien	251

Klagen gegen Dublin-Bescheide (inkl. Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG) Zeitraum: 01.01. – 31.12.2019 (Stand: 15.02.2020)	
Staatsangehörigkeit	
gesamt	31.189
darunter:	
Syrien	6.109
Nigeria	5.076
Irak	3.959
Afghanistan	2.603
Iran	1.726
Russische Föderation	1.448
Somalia	1.359
Guinea	694
Ungeklärt	670
Eritrea	588
Pakistan	564
Aserbaidschan	469
Gambia	468
Türkei	406
China	282

01.01.-31.12.2019 (Stand 19.02.2020)	Gerichtsentscheidungen im Dublinverfahren (inkl. Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG)												
	Gesamt	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Abs. 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG		Abschiebungsverbot		Ablehnung		sonst. Verfahrenserledi- gung		Abschiebungsan- drohung	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Gesamt	21.224	96	0,5 %	23	0,1 %	1.940	9,1 %	835	3,9 %	18.306	86,3 %	24	0,1 %
darunter:													
Syrien,	3.742	24	0,6 %	0	0,0 %	1.149	30,7 %	88	2,4 %	2.476	66,2 %	5	0,1 %
Nigeria	2.773	4	0,1 %	0	0,0 %	53	1,9 %	42	1,5 %	2.673	96,4 %	1	0,0 %
Irak	2.172	2	0,1 %	6	0,3 %	274	12,6 %	106	4,9 %	1.779	81,9 %	5	0,2 %
Afghanistan	1.312	12	0,9 %	3	0,2 %	193	14,7 %	28	2,1 %	1.075	81,9 %	1	0,1 %
Somalia	1.310	5	0,4 %	8	0,6 %	61	4,7 %	32	2,4 %	1.198	91,5 %	6	0,5 %
Russische Föde- ration	1.260	7	0,6 %	0	0,0 %	13	1,0 %	107	8,5 %	1.133	89,9 %	0	0,0 %
Iran	1.124	17	1,5 %	0	0,0 %	18	1,6 %	18	1,6 %	1.071	95,3 %	0	0,0 %
Eritrea	800	8	1,0 %	4	0,5 %	40	5,0 %	9	1,1 %	735	91,9 %	4	0,5 %
Guinea	609	1	0,2 %	0	0,0 %	1	0,2 %	31	5,1 %	576	94,6 %	0	0,0 %
Gambia	456	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	22	4,8 %	434	95,2 %	0	0,0 %
Ungeklärt	437	1	0,2 %	0	0,0 %	66	15,1 %	11	2,5 %	358	81,9 %	1	0,2 %
Pakistan	432	5	1,2 %	0	0,0 %	8	1,9 %	20	4,6 %	399	92,4 %	0	0,0 %
Aserb.	409	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	42	10,3 %	367	89,7 %	0	0,0 %
Türkei	328	1	0,3 %	0	0,0 %	0	0,0 %	13	4,0 %	314	95,7 %	0	0,0 %
Armenien	262	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	10	3,8 %	252	96,2 %	0	0,0 %

17. Wie lautete die Klagequote in Bezug auf ablehnende Bescheide des BAMF für das vierte Quartal bzw. für das Gesamtjahr 2019?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zeitraum	Klagequote ablehnende Bescheide
4. Quartal 2019	73,7 %
Jahr 2019	75,0 %

18. Welche Angaben kann das BAMF machen zu der Kategorie „sonstige Erledigungen“ bei Gerichtsentscheidungen für das Jahr 2019, und stimmt die Bundesregierung der Einschätzung zu, dass es bei der in diesem Zusammenhang verwandten Kategorie „Schutzgewährung offen“ vor allem um Dublin-Bescheide geht, die von den Verwaltungsgerichten korrigiert wurden, und dass hinsichtlich der Kategorie „Keine Schutzgewährung festgestellt“ nicht gesagt werden kann, wie vielen dieser Betroffenen ein Schutzstatus zu Recht oder Unrecht verweigert wurde, weil hierbei auch die Fälle statistisch miterfasst werden, in denen einzelne Gerichtsverfahren mehrerer Familienangehöriger zu einem Gerichtsverfahren zusammengelegt werden (was zur Erledigung mehrerer Verfahren führen kann), oder auch Fälle, in denen Betroffene nicht mehr erreichbar sind oder das Verfahren für erledigt erklären, weil sie z. B. aus anderem Grunde einen Aufenthaltsstatus erhalten haben, sodass in diesen Fällen keine gerichtliche Entscheidung in der Sache getroffen und der BAMF-Bescheid nicht inhaltlich überprüft wurde (bitte begründen)?

Statistische Angaben zu der Kategorie „sonstiger Erledigungen“ bei Gerichtsentscheidungen für das Jahr 2019 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Sonstige Verfahrenserledigungen	Jahr 2019
Keine Schutzgewährung festgestellt	65.511
Schutzgewährung offen	3.125
Schutzgewährung	3.316
Summe	71.952

Zu den Kategorien „sonstige Einstellung“ bzw. „Prozesserledigungen“ zählen alle Verfahren, in denen eine instanzbeendende Gerichtsentscheidung ohne Feststellungen zur Rechtmäßigkeit des Bundesamtsbescheides erging. Ein solcher Verfahrensabschluss kann auf verschiedenste Gründe zurückgehen, z. B. auf Klagerücknahmen, Erledigungserklärung nach Abhilfe, das klägerische Nichtbetreiben des Verfahrens (§ 81 AsylG) oder einen anderweitigen Wegfall des Rechtsschutzbedürfnisses (z. B. bei Fortzug nach unbekannt). Der Grund für eine „sonstige Einstellung“ bzw. die „Prozesserledigungen“ wird nicht erfasst, eine dahingehende statistische Auswertung ist nicht möglich.

Unter die Kategorie „Schutzgewährung offen“ fällt nicht nur die gerichtliche Aufhebung eines Ablehnungsbescheides aufgrund der bei einem anderen Mitgliedstaat liegenden Verfahrenszuständigkeit (sog. Dublin-Bescheid). Vielmehr zählen hierzu insbesondere auch gerichtliche Aufhebungsentscheidungen infolge § 37 Absatz 1 AsylG, des Weiteren die gerichtliche Aufhebung von Einstellungs- sowie von Folge-/Zweittragsbescheiden. Der jeweils für die Aufhebung maßgebende Grund wird statistisch nicht erfasst.

Unter der Kategorie „keine Schutzgewähr festgestellt“ werden neben den Verfahren ohne gerichtliche Aussagen zur Rechtmäßigkeit des Bundesamtsbescheides die Verfahren geführt, bei denen die Gerichte die Rechtmäßigkeit der Bundesamtsentscheidung bestätigt haben. Dies umfasst die Rechtmäßigkeit so-

wohl der sog. Dublin-Bescheide wie sonstiger Bescheide. Da die statistischen Erfassungen wie die Auswertungen insoweit personenbezogen erfolgen, wirkt sich die Verbindung mehrerer Gerichtsverfahren statistisch nicht aus. Die Prüfung, ob in einem Einzelfall zu Unrecht ein Schutzstatus nicht zuerkannt wurde, ist den unabhängigen Gerichten übertragen. In Gerichtsverfahren, die ohne Feststellungen zur Rechtmäßigkeit der Bundesamtsentscheidung enden, lassen sich keine validen Aussagen dazu treffen, ob womöglich im Einzelfall zu Unrecht eine Schutzzuerkennung unterblieben sein könnte.

19. Wie viele rechtswidrige Abschiebungen trotz laufenden Asyl- oder Gerichtsverfahrens gab es im Jahr 2019 (bitte mit Datum und kurzer Fehleranalyse auflisten, bitte auch die jeweiligen Herkunftsländer nennen und darstellen, inwieweit die Betroffenen wieder einreisen konnten bzw. was zu ihrer aktuellen Situation bekannt ist, d. h. inwieweit sie z. B. „verschwunden“ sind oder festgenommen wurden usw.)?

Die Angaben können der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden:

Fall	Herkunftsland	Abgeschoben nach	am	Stand des Asylverfahrens zum Zeitpunkt der Abschiebung	Rückholung erfolgt am	aktueller Sachstand
1	Syrien	Bulgarien	11.02.2019	Klage anhängig	12.04.2019	- VG Urteil aufgrund mündlichen Verhandlung vom 17. Mai 2019; Abschiebeverbot gem. § 60 Abs 5 AufenthG liegt hinsichtlich Bulgarien vor. - Antrag auf Zulassung der Berufung durch BAMF gestellt am 06.06.2019, noch nicht entschieden. - Kenntnis über ein Untertauchen o. ä. liegen dem BAMF nicht vor. OVG teilte am 10.12.2019 eine neue Wohnanschrift des Antragstellers mit.
2	Syrien	Rumänien	18.06.2019	Klage anhängig; irrtümlich Vollziehbarkeit der Abschiebungsandrohung mitgeteilt.	16.07.2019	- Durch VG-Beschluss am 29.10.2018 das Ruhen des Hauptsacheverfahrens angeordnet. - Kenntnis über ein Untertauchen o. ä. liegen dem BAMF nicht vor.

20. Wie viele Asylanörungen gab es im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Anhörungen 4. Quartal 2019	Anzahl
Herkunftslander gesamt	17.124
darunter:	
Syrien	2.989
Irak	1.531
Türkei	1.977
Afghanistan	1.183
Iran	1.350
Nigeria	661
Ungeklärt	355
Eritrea	365
Georgien	520
Somalia	531

Anhörungen 4. Quartal 2019	Anzahl
Herkunftsländer gesamt	17.124
darunter:	
Russische Föderation	370
Moldau (Republik)	260
Pakistan	338
Albanien	235
Guinea	330

Anhörungen Jahr 2019	Anzahl
Herkunftsländer gesamt	108.702
darunter:	
Syrien	35.966
Irak	9.083
Türkei	7.488
Afghanistan	5.327
Nigeria	6.427
Iran	6.731
Ungeklärt	2.485
Somalia	2.478
Eritrea	3.211
Georgien	2.314
Russische Föderation	1.643
Guinea	2.294
Pakistan	1.841
Moldau (Republik)	952
Albanien	1.062

21. Wie waren die bereinigten Schutzquoten und die Zahl der Schutzgesuche bei Asylsuchenden aus Tunesien, Algerien, Ägypten, Marokko, Libyen, Georgien, Armenien und der Türkei im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Herkunftsländer	4. Quartal 2019			
	Asylanträge	Gesamtzuschutz		Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
		absolut	Anteil	
Türkei	2.616	1.468	52,7 %	58,2 %
Algerien	385	4	1,1 %	2,7 %
Georgien	922	5	0,7 %	1,0 %
Armenien	189	17	6,6 %	11,7 %
Libyen	278	44	20,7 %	40,4 %
Marokko	290	5	1,6 %	3,2 %
Tunesien	132	1	0,8 %	1,6 %
Ägypten	187	21	17,4 %	28,8 %

Herkunftsländer	Jahr 2019			
	Asylanträge	Gesamtschutz		Anteil Gesamtschutz unter Außerberachtung formeller Entscheidungen des BAMF
		absolut	Anteil	
Türkei	11.423	4.943	47,4 %	52,7 %
Algerien	1.374	34	2,3 %	5,1 %
Georgien	3.880	22	0,6 %	0,8 %
Armenien	1.200	78	4,7 %	8,1 %
Libyen	758	190	22,9 %	40,3 %
Marokko	1.193	38	2,8 %	5,7 %
Tunesien	578	8	1,2 %	2,5 %
Ägypten	724	113	14,4 %	24,5 %

22. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Herkunftsland	4. Quartal 2019			Entscheidungen über Asylanträge						
	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Fam.asyl)	Gewährung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 Abs. 1 AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
Serbien	531	221	310	485	-	-	-	1	170	314
davon Roma	443	161	282	406	-	-	-	1	128	277
Kosovo	206	97	109	185	-	-	-	4	57	124
davon Roma	86	28	58	80	-	-	-	-	18	62
Nordmazedonien	419	202	217	339	-	-	-	1	197	141
davon Roma	295	130	165	242	-	-	-	-	123	119
Montenegro	61	8	53	24	-	-	-	-	17	7
davon Roma	48	6	42	14	-	-	-	-	10	4
Albanien	609	426	183	542	-	1	2	3	303	233
davon Roma	111	68	43	69	-	-	-	-	22	47
Bosnien und Herzegowina	155	65	90	139	-	-	-	1	64	74
davon Roma	107	30	77	94	-	-	-	1	32	61

Herkunftsland	Jahr 2019			Entscheidungen über Asylanträge						
	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Fam.asyl)	Gewährung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 Abs. 1 AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
Serbien	2.718	1.141	1.577	2.718	-	-	-	2	1.127	1.589
davon Roma	2.209	817	1.392	2.232	-	-	-	2	830	1.400
Kosovo	875	417	458	955	-	1	2	8	396	548

Herkunftsland	Jahr 2019			Entscheidungen über Asylanträge						
	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Fam.asyl)	Gewährung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 Abs. 1 AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgegl./ offens. unbegr. abgegl.)	sonstige Verfahrenserledigungen
davon Roma	336	113	223	353	-	-	-	1	136	216
Nordmazedonien	2.258	1.117	1.141	2.359	-	-	1	3	1.111	1.244
davon Roma	1.587	702	885	1.690	-	-	-	-	700	990
Montenegro	252	95	157	218	-	-	-	-	95	123
davon Roma	161	41	120	140	-	-	-	-	45	95
Albanien	2.573	1.694	879	2.600	-	3	14	6	1.503	1.074
davon Roma	426	192	234	414	-	-	-	-	166	248
Bosnien und Herzegowina	633	286	347	664	-	1	4	3	301	355
davon Roma	431	159	272	442	-	1	-	2	176	263

23. Wie reagiert die Bundesregierung bzw. das BAMF auf die anhaltende Kritik insbesondere der Kirchen an Ablehnungen bei zum Christentum konvertierten iranischen Asylsuchenden (vgl. Bundestagsdrucksache 19/13945, Antwort zu Frage 21 und z. B. www.migazin.de/2020/01/16/g-erichten-steht-es-nicht-zu-glauben-zu-pruefen/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=MIGLETTER, darin die Aussage eines Landesbischofs: „Wir als Kirche prüfen, ob jemand getauft wird oder nicht, und wenn er getauft ist, ist er getauft. Dann zu sagen, er habe sich nur taufen lassen, damit er hier bleiben darf, ist eine Frechheit.“), auch vor dem Hintergrund der bei iranischen Asylsuchenden in den letzten drei Jahren mehr als halbierten bereinigten Schutzquote (vgl. Bundestagsdrucksache 19/13945, Antwort zu Frage 21)?

Hat es auch in anderer Hinsicht Änderungen von internen Entscheidungsvorgaben, Leitsätzen oder Lageeinschätzungen in Bezug auf den Umgang mit konvertierten iranischen Asylsuchenden gegeben, da die Bundesregierung in der Antwort zu Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 19/13945 erklärt, seit Anfang 2016 sei nach Einzelfallprüfung eine Schutzuerkennung bei iranischen Asylsuchenden möglich und „insoweit“ habe es keine Änderung gegeben (bitte mit Datum auflisten und den jeweiligen Inhalt der Änderungen möglichst konkret benennen)?

Das BAMF prüft bei jedem Asylantrag sorgfältig, inwieweit die Voraussetzungen für einen Schutzstatus vorliegen. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 3 und 4 der Kleinen Anfrage „Anerkennungsquoten christlicher Konvertiten unter Flüchtlingen durch deutsche Behörden“ der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/17172 verwiesen.

24. Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, Personalentwicklung und Personalplanung im BAMF (bitte auch spezifische Angaben zu den Bereichen Asylprüfung, Widerrufsprüfung, Dublin-Verfahren, Qualitätssicherung und Prozessvertretung machen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr 2019	Einstellung wg. § 33 Abs. 1 und 2 / § 32 a Abs. 2 AsylG	sonstige Einstellung	Gesamtergebnis
Gesamt	1.607	3.036	4.643
Syrien	90	258	348
Irak	79	195	274
Türkei	67	125	192
Afghanistan	65	63	128
Nigeria	122	183	305
Iran	31	126	157
Ungeklärt	61	42	103
Somalia	42	29	71
Eritrea	23	13	36
Georgien	110	118	228
Russische Föderation	50	119	169
Guinea	77	28	105
Pakistan	37	69	106
Moldau (Republik)	76	109	185
Albanien	21	159	180

26. Zu welchem ungefähren Anteil wird nach Einschätzungen von fachkundigen Bediensteten des BAMF derzeit das Prinzip der Einheit von Anhörer und Entscheider im Asylverfahren in der Praxis gewahrt, und wie hoch war der Anteil von Asylentscheidungen, die in Entscheidungszentren (d. h. auch: ohne Identität von Anhörer und Entscheider) getroffen wurden, im Jahr 2019 (bitte nach Entscheidungen im Widerrufs- bzw. Asylverfahren differenzieren)?

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 354.361 Asylentscheidungen getroffen, davon 22.160 (12,7 Prozent) in Entscheidungszentren. In der Organisationsstruktur des BAMF besteht lediglich noch das Entscheidungszentrum West (EZW) in Bonn. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 26 der Kleinen Anfrage „Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2019“ der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/13945 verwiesen. Weitere Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2019	Entscheidungen gesamt	davon in einem Entschei- dungszentrum entschieden	Anteil an allen Entscheidungen
Erst- und Folgeanträge	38.935	1.031	2,6 %
Widerruf	55.682	2.333	4,2 %

Jahr 2019	Entscheidungen ge- samt	davon in einem Entschei- dungszentrum entschieden	Anteil an allen Ent- scheidungen
Erst- und Folgeanträge	183.957	7.369	4,0 %
Widerruf	170.404	14.791	8,7 %

27. Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 gegenüber abgelehnten Asylsuchenden mit welcher Begründung erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde im Jahr 2019 bzw. 2018 ein Schutzstatus Asylsuchenden mit einem Wiedereinreiseverbot gewährt (bitte jeweils nach Status und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Statistiken entnommen werden:

4. Quartal 2019	Entscheidungen zu § 11 Abs. 2 AufenthG	Entscheidungen zu § 11 Abs. 7 AufenthG	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 Abs. 2 und/oder § 11 Abs. 7 AufenthG)
Gesamt	18.532	1.149	18.846
darunter			
Syrien	1.276	3	1.279
Irak	2.067	11	2.077
Türkei	1.085	7	1.086
Afghanistan	1.384	9	1.393
Iran	1.505	7	1.512
Nigeria	1.699	10	1.709
Ungeklärt	335	3	337
Eritrea	187	0	187
Georgien	589	5	594
Somalia	518	5	523

Jahr 2019	Entscheidungen zu § 11 Abs. 2 AufenthG	Entscheidungen zu § 11 Abs. 7 AufenthG	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 Abs. 2 und/oder § 11 Abs. 7 AufenthG)
Gesamt	92.559	6.084	93.956
darunter			
Syrien	5.778	13	5.790
Irak	9.848	48	9.889
Türkei	4.843	20	4.850
Afghanistan	6.031	34	6.063
Nigeria	11.047	20	11.066
Iran	7.298	28	7.325
Ungeklärt	1.618	22	1.627
Somalia	2.708	19	2.726
Eritrea	1.017	2	1.017
Georgien	3.283	39	3.307

28. Wie viele Asylgesuche gab es im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 an den bundesdeutschen Grenzen (bitte nach Grenzabschnitten und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren; außerdem differenzieren, ob das Asylgesuch im Kontext einer unerlaubten Einreise gestellt wurde), und wie ist zu erklären, dass die Bundespolizei im zweiten Quartal 2019 1.871 Asylsuchende nach einer unerlaubten Einreise registrierte (Bundestagsdrucksache 19/13945, Antwort zu Frage 3), während insgesamt in diesem Zeitraum 2.597 Asylsuchende von der Bundespolizei registriert wurden (ebd., Antwort zu Frage 28) – erfolgte die Einreise von 726 von der Bundespolizei in diesem Zeitraum registrierten Asylsuchenden erlaubt, d. h. mit Visum, Aufenthaltserlaubnis oder auf andere legale Weise (bitte ausführen)?

Die Angaben für das Gesamtjahr und das vierte Quartal 2019 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Die Differenz der Anzahl Asylnachsuchender insgesamt und der Anzahl Asylnachsuchender nach unerlaubter Einreise (Bundestagsdrucksache 19/13945; sowie den nachfolgenden Tabellen) erklärt sich durch Feststellungen von beispielsweise unerlaubt aufhältigen Personen, die ebenfalls ein Asylgesuch äußerten:

Jahr 2019	Anzahl Asylnachsuchender gesamt	davon nach unerlaubter Einreise
Gesamt	11.688	8.406
Grenze zu		
Belgien	793	785
Dänemark	91	89
Frankreich	1.125	1.113
Luxemburg	139	139
Niederlande	178	175
Polen	289	276
Schweiz	1.285	1.279
Tschechien	292	291
ungeklärt	244	183
Österreich	1.190	1.185
Inlandsfeststellung	2.716	-
Flughäfen	3.252	2.810
Seehäfen	94	81
Staatsangehörigkeit (Top-5)		
nigerianisch	1.077	854
afghanisch	1.070	718
irakisch	1.060	717
iranisch	1.060	613
syrisch	739	600

4. Quartal 2019	Anzahl Asylnachsuchender gesamt	davon nach unerlaubter Einreise
Gesamt	2.921	2.055
Grenze zu		
Inlandsfeststellung	684	-
Belgien	210	207
Dänemark	20	19
Frankreich	281	275
Luxemburg	42	42
Niederlande	51	50

4. Quartal 2019	Anzahl Asylnachsuchender gesamt	davon nach unerlaubter Einreise
Gesamt	2.921	2.055
Grenze zu		
Polen	99	91
Schweiz	182	182
Tschechien	84	84
ungeklärt	67	50
Österreich	228	225
Flughäfen	955	816
Seehäfen	18	14
Staatsangehörigkeit (Top-5)		
irakisch	342	196
syrisch	276	224
afghanisch	264	160
iranisch	253	144
marokkanisch	162	129

29. In wie vielen Fällen wurde das BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2019 mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zur Beteiligung des BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2019	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	291	76	109	106
Baden- Württemberg	19	6	6	7
Bayern	20	8	8	4
Berlin	29	7	11	11
Bremen	12	2	7	3
Hamburg	29	12	9	8
Hessen	13	5	3	5
Mecklenburg- Vorpommern	3	1		2
Niedersachsen	20	3	5	12
Nordrhein- Westfalen	112	20	55	37
Rheinland- Pfalz	8	6	1	1
Saarland	2		1	1
Sachsen	15	4		11
Sachsen- Anhalt	3		1	2
Schleswig- Holstein	4	1	2	1
Thüringen	1	1		
unbekannt	1			1

4. Quartal 2019	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Staatsangehörig- keiten gesamt	291	76	109	106
Syrien	19	5	2	12
Irak	3	2	1	-
Türkei	14		9	5
Afghanistan	15	4	3	8
Iran	3		1	2
Nigeria	7	1	3	3
Ungeklärt	3	1	1	1
Eritrea	-	-	-	-
Georgien	6	-	2	4
Somalia	-	-	-	-

Jahr 2019	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	798	162	349	287
Baden- Württemberg	91	16	34	41
Bayern	68	22	26	20
Berlin	70	15	30	25
Brandenburg	1			1
Bremen	26	4	14	8
Hamburg	66	23	20	23
Hessen	47	11	14	22
Mecklenburg- Vorpommern	10	3	4	3
Niedersachsen	53	12	16	25
Nordrhein- Westfalen	301	39	174	88
Rheinland- Pfalz	16	7	4	5
Saarland	7	1	3	3
Sachsen	24	6	4	14
Sachsen- Anhalt	5		2	3
Schleswig- Holstein	9	2	2	5
Thüringen	3	1	2	
unbekannt	1			1

Jahr 2019	Stellungnah- men gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Staatsangehö- rigkeiten gesamt	798	162	349	287
Syrien	49	7	4	38
Irak	9	4	2	3

Jahr 2019	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Staatsangehörigkeiten gesamt	798	162	349	287
Türkei	63	7	28	28
Afghanistan	47	12	13	22
Nigeria	21	6	8	7
Iran	17	-	7	10
Ungeklärt	7	1	3	3
Somalia	8	6		2
Eritrea	1	1	-	-
Georgien	11	1	3	7

30. Was entgegnet das BAMF der Kritik der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BafF), wonach es in erschreckendem Maße Beschwerden von Ärzten und Ärztinnen gebe, ihre Stellungnahmen würden vom BAMF abgelehnt oder übergangen, etwa mit der Begründung, Mindestanforderungen würden nicht erfüllt, wobei häufig mit stereotypen Textbausteinen gearbeitet würde und Diagnosen gefordert würden, die aus fachlicher Sicht gar nicht lieferbar seien (etwa den Nachweis, dass es ein traumatisches Ereignis tatsächlich gegeben habe; vgl. www.sueddeutsche.de/politik/traumatisierte-fluechtlinge-asylbehoerde-weist-kritik-zurueck-1.4561608), und inwieweit werden in Fällen, in denen Atteste oder Stellungnahmen vom BAMF für unzureichend erachtet werden, von den ausstellenden Ärztinnen und Ärzten ergänzende Informationen oder Ausführungen erbeten, weitere Stellungnahmen (Dritter) beauftragt bzw. eine asyl- und aufenthaltsrechtlich relevante Erkrankung dann einfach als nicht vorliegend angesehen (bitte das Verfahren in der Praxis so ausführlich wie möglich darstellen)?

Für die Prüfung von krankheitsbedingten Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 7 AufenthG findet § 60a Absatz 2c Satz 2 AufenthG Anwendung. Die Voraussetzungen für ärztliche Bescheinigungen ergeben sich aus § 60a Absatz 2c Satz 3 und 4 AufenthG und der höchstrichterlichen Rechtsprechung hierzu.

Ergeben sich aus der qualifizierten ärztlichen Bescheinigung Anhaltspunkte dafür, dass ein krankheitsbedingtes (zielstaatsbezogenes) Abschiebungsverbot vorliegen könnte, besteht für die Entscheider die Möglichkeit, weitere Fragen an den behandelnden Arzt zu veranlassen. Nur in Ausnahmefällen (etwa bei sich widersprechenden Attesten) wird eine ärztliche Stellungnahme oder ein Gutachten eines unabhängigen Dritten (z. B. Amtsarzt) angefordert.

31. Welche Angaben für das vierte Quartal bzw. Gesamtjahr 2019 lassen sich machen zu überprüfen (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil gefälschter oder verfälschter Dokumente Asylsuchender (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und differenzieren nach den zehn wichtigsten Hauptherkunftsländern), und warum können fachkundige Bundesbedienstete des BAMF keine Einschätzung dazu machen, in welchem ungefähren Umfang gefälschte oder verfälschte Dokumente mit falschen Angaben zur Person oder Herkunft verbunden sind bzw. inwieweit die Betroffenen dennoch als schutzbedürftig anerkannt wurden (bitte ausführen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2019	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in %
Alle Staatsangehörigen	58.028	54.315	2.352	1.361	2,3
darunter Hauptherkunftsländer					
Syrien	31.230	29.249	946	1.035	3,3
Irak	7.187	6.837	203	147	2,0
Türkei	3.029	2.947	72	10	0,3
Afghanistan	2.397	2.259	94	44	1,8
Nigeria	207	180	24	3	1,4
Iran	2.328	2.279	40	9	0,4
Russische Föd.	652	634	16	2	0,3
ungeklärt	2.297	2.297	0	0	0,0
Somalia	101	67	24	10	9,9
Georgien	661	595	59	7	1,1

Jahr 2019	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in %
Gesamt	244.122	230.039	10.405	3.678	1,5
darunter Hauptherkunftsländer					
Syrien	132.208	126.782	3.098	2.328	1,8
Irak	29.718	28.582	666	470	1,6
Türkei	14.030	13.082	815	133	0,9
Afghanistan	10.009	9.240	565	204	2,0
Nigeria	1.450	1.097	330	23	1,6
Iran	11.974	11.689	235	50	0,4
Russische Föd.	3.414	3.272	133	9	0,3
ungeklärt	8.815	8.794	12	9	0,1
Somalia	499	288	144	67	13,4
Georgien	2.916	2.473	423	20	0,7

Zum letzten Teil der Frage wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 30 der Kleinen Anfrage „Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2019“ der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/13945 verwiesen.

32. Warum behauptet der Präsident des BAMF, Dr. Hans Eckhard Sommer, in der Öffentlichkeit unter Bezugnahme auf die unbereinigte Gesamtschutzquote weiterhin (vgl. seine nahezu wortgleiche Äußerung im Interview mit der Zeitung „Die Welt“ vom 24. März 2019), dass „fast zwei Drittel der Personen, die nach Deutschland kommen“, „keinen Asylgrund“ hätten (Interview mit „Bild am Sonntag“ vom 3. November 2019), obwohl die bereinigte Schutzquote, die nach Auffassung der Fragestellenden am ehesten etwas darüber aussagt, zu welchem Anteil „Personen, die nach Deutschland kommen“, „Asylgründe“ vorweisen können, im Jahr 2019 bei 56,5 Prozent lag (errechnet aus: www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemittelungen/DE/2020/01/asylzahlen-jahr-2019.html; hinzu kommen noch Anerkennungen durch die Verwaltungsgerichte und positive Aufhebungsbescheide des BAMF, sodass nach Auffassung der Fragestellenden eher zwei als ein Drittel der Asylsuchenden „Asylgründe“ vorweisen können), und inwieweit ist es dem BAMF-Präsidenten ein Anliegen, in der Öffentlichkeit ein zutreffendes und differenziertes Bild der Schutzsuchenden und ihrer Fluchtmotive zu vermitteln (bitte darlegen)?

Das BAMF verwendet in der öffentlichen Darstellung (Statistiken, Publikationen etc.) seit vielen Jahren grundsätzlich eine Schutzquote, die die sonstigen Verfahrenserledigungen mit einbezieht (Gesamtschutzquote). Daher greift der Präsident des BAMF bei Interviews ebenfalls auf diese Berechnungen zurück. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1b verwiesen.

33. Inwieweit ist die Kritik von Kinderhilfsorganisationen in deren „Schattenbericht Kindersoldaten“ (AFP-Meldung vom 27. November 2019) zutreffend, dass das BAMF ehemaligen Kindersoldaten aus Somalia eine Flüchtlingsanerkennung versagt habe mit der Begründung, in Somalia sei jedes Kind von Rekrutierung bedroht und deshalb liege keine individuelle Verfolgung vor, und wie wird gegebenenfalls eine solche Argumentation rechtlich begründet, obwohl damit im Ergebnis, so die Verbände, den Betroffenen eine besondere Bedrohungslage zum Nachteil ausgelegt wird (bitte ausführen)?

Das BAMF prüft die Zuerkennung von Schutz stets einzelfallabhängig an Hand der gesetzlichen Vorgaben. Für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft ist gemäß § 3 ff. AsylG ein individuelles Anknüpfungsmerkmal erforderlich.

34. Welche Konsequenzen ziehen das BAMF bzw. die Bundesregierung aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 13. November 2019 (C-540/17 und C-541/17), mit dem die Praxis des BAMF, Asylanträge von in anderen Mitgliedstaaten anerkannten Flüchtlingen als „unzulässig“ abzulehnen (vgl. www.proasyl.de/news/eugh-neuer-asylantrag-beim-schengenunwuertigen-zustandenden-in-anderen-eu-staaten-zulaessig/), als Verstoß gegen EU-Recht beurteilt wurde, wenn ihnen dort die ernste Gefahr einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung droht (siehe Leitsatz der Entscheidung; bitte detailliert ausführen), und inwieweit wird den Betroffenen insbesondere die Möglichkeit einer erneuten Prüfung bzw. eine Feststellung ihrer Flüchtlingseigenschaft ohne Prüfung bzw. die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland in Anerkennung der bereits festgestellten Flüchtlingseigenschaft ermöglicht, auch um in diesen Fällen den Betroffenen die Rechte nach der Genfer Flüchtlingskonvention gewährleisten zu können (bitte darstellen)?

Das BAMF setzt den Beschluss des Europäischen Gerichtshofs vom 13. November 2019 (C-540/17 und C-541/17) um. In Fällen, in denen die Lebensverhältnisse, die Antragstellerinnen und Antragsteller in dem anderen Mitglied-

staat als anerkannte Flüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte erwarten würden, sie der ernsthaften Gefahr aussetzen würden, eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung nach dem vom EuGH aufgestellten Maßstab (Urteil vom 19. März 2019, C-297/17) zu erfahren, erfolgt keine Ablehnung des Asylantrags als unzulässig allein deshalb, weil in dem anderen Mitgliedstaat bereits internationaler Schutz gewährt wurde. In einem solchen Fall erfolgt die Prüfung des in Deutschland (erneut) gestellten Asylantrags in gleicher Weise wie bei Antragstellerinnen und Antragstellern, denen noch kein internationaler Schutz in einem anderen Mitgliedstaat gewährt wurde. Die Prüfung erfolgt ergebnisoffen unter Berücksichtigung von § 60 Absatz 1 Satz 2 AufenthG.

